



# Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

## PROTOKOLL

Sitzung Nr. 2  
Dienstag, 19. Februar 2008  
17:04 - 19:50 Uhr  
Grossratssaal der Rathauslaube  
Genehmigt am: 26.02.08

---

Vorsitz:	Thomas Hauser	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Paul Dill Wilhelm Hefti	SVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 47 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Christian Hablützel Werner Schöni	SP SVP
Anfang der Sitzung:	Dieter Amsler Christoph Lenz Nihat Tektas Edgar Zehnder	FDP AL Jfsh SVP
Schluss der Sitzung:	Martin Egger Rainer Schmidig Lotti Winzeler	FDP EVP SP

---

## BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	<b>VdSR Projektentwicklung Areal Bleiche Landverkauf aufgrund des Zuschlagsentscheides im Investorenwettbewerb</b>	<b>Seite 41</b>
2	<b>Interpellation Martin Roost (parteilos, OeBS): Schulpolitik und Schulraumplanung</b>	<b>Seite 54</b>
3	<b>Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung</b>	<b>Seite 62</b>

**PENDENTE GESCHÄFTE****EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

11.04.07	<b>SPK Parlamentsreform</b> – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
03.07.07	<b>VdSR</b> Totalrevision der städtischen Polizeiverordnung	SPK
18.09.07	<b>VdSR</b> Gestaltung Freier Platz	SPK
18.09.07	<b>VdSR</b> Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit (gemäss Stadtrat sistiert mit Datum 21.11.07)	SPK
18.09.07	<b>Postulat</b> Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP): Schaffung von Einsatzplätzen für Zivildienstleistende in der städtischen Verwaltung	
16.10.07	<b>VdSR</b> Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge des Stadtrates	SPK
02.10.07	<b>Postulat</b> von Christoph Lenz (AL)/Oliver Mank (SVP): „Energistadt Schaffhausen – vermehrte Nutzung der Photovoltaik	
29.10.07	<b>Postulat</b> Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2 emissionsarme Beleuchtung	
30.10.07	<b>Motion</b> Christa Flückiger (SP): Schulsozialarbeit „flächendeckend in der Stadt Schaffhausen“	
06.11.07	<b>VdSR</b> Zusammenschluss der Gemeinde Hemmental mit der Stadt Schaffhausen	SPK
04.12.07	<b>Interpellation</b> Walter Hotz (FDP): Massnahmen und zukünftige Wirtschaftspolitik der Stadt Schaffhausen nach Wegfall Lex Bonny (Bonny-Beschluss)	
04.12.07	<b>VdSR</b> Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen	SPK
08.01.08	<b>VdSR</b> Erweiterung der Baurechtsparzelle GB Nr. 11'727 auf GB Nr. 8161 „Merishausertal“ der Remondis Schweiz AG, 8200 Schaffhausen, im Umfang von 1'860m <sup>2</sup>	GPk
14.01.08	<b>VdSR</b> Schulraumplanung 2008-2017	
12.02.08	<b>Postulat</b> Daniel Preisig (JSVP): Krippensubvention: Schluss mit der Diskriminierung der klassischen Familie!	
12.02.08	<b>Motion</b> Urs Tanner (SP): Ökologische Revision der Rahmentarife für Strom	

**2007 Kleine Anfragen:**

16	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Ungeeignete Gefässe/Körbe für die Grünabfuhr?	08.11.07
----	--------------------------	---	----------

**2008 Kleine Anfragen:**

1	Oliver Mank (SVP)	Erleichterte Einbürgerung in Schaffhausen Ein Verwaltungsakt ohne Risiko auf Ablehnung?	10.01.08
2	Peter Möller (SP)	Kein „Drummele und Pfiife“ in der Stadt Schaffhausen?	10.01.08
3	Walter Hotz (FDP)	Finanzielle Führung der städtischen Verwaltung/Umsetzung der Personalgesetzrevision/Rekrutierung von Personal/Besetzung von Kaderstellen	10.01.08

- 4 Walter Hotz (FDP) Kulturmanagement/Skulptur „IVS  
Kernstück Schauweckerwiese“

## **BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**

---

### **Traktandum 1 VdSR Projektentwicklung Areal Bleiche, Landverkauf aufgrund des Zuschlagsentscheides im Investorenwettbewerb**

---

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 6. November 2007, die Anträge und die Beilage mit 33 : 8 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. November 2007 betreffend Projektentwicklung Areal Bleiche, Landverkauf aufgrund des Zuschlagsentscheides im Investorenwettbewerb.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf des Areals Bleiche, bestehend aus einer Teilfläche von GB Nr. 1659 (ehemaliger Bushof, ca. 3'414 m<sup>2</sup>), einer Teilfläche von GB Nr. 5092 (heutiger Parkplatz unterhalb des BBZ, ca. 4'290 m<sup>2</sup>), einer Teilfläche von GB Nr. 5090 (vorderer Teil der Rollselmelanlage, ca. 2'114 m<sup>2</sup>) und einer Teilfläche von GB Nr. 4130 (Mühlentalstrasse, ca. 476 m<sup>2</sup>) an die Karl Steiner AG, Hagenholzstrasse 60, 8050 Zürich, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 6. November 2007 genannten Bedingungen zu.
3. Der Erlös aus dem Verkauf des Areals Bleiche wird dem Rahmenkredit für Land- und Liegenschaftenerwerb gutgeschrieben.
4. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von den als Folge des Landverkaufs erforderlichen Zonenplananpassungen entlang der Hintersteig, der Spitalstrasse und der Mühlentalstrasse gemäss Auflistung in der Vorlage des Stadtrates vom 6. November 2007 und ermächtigt den Stadtrat im Sinne von Art. 3 Abs. 7 der Bauordnung, die notwendigen Zonenplanänderungen vorzunehmen.

### **Traktandum 2 Interpellation Martin Roost (parteilos, OeBS): Schulpolitik und Schulraumplanung**

---

Die Interpellation wird vom Interpellanten Martin Roost (parteilos, OeBS) begründet, von SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

### **Traktandum 3 Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung**

---

Die Interpellation wird vom Interpellanten Edgar Zehnder (SVP) begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

## **BEGRÜSSUNG**

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 2 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

## **MITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN**

Datum Henkermöhli: Dienstag, 23. September 08, ab 14.00 Uhr. Das detaillierte Programm folgt zu einem späteren Zeitpunkt.

### **Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:**

- Einladung zur Präsentation mit dem Thema Areal Bleiche vom 23. Januar 08. Rund ein Dutzend Personen haben sich die interessanten Ausführungen von Stadtbaumeister Ueli Witzig angehört.
- VdSR Schulraumplanung 2008-2017 vom 14.01.08. Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 13er SPK vor, einladende Fraktion ist die SVP/JSVP/EDU. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen vom 04.12.08. Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 11er SPK vor, einladende Fraktion ist die FDP/jfsh. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Postulat von Daniel Preisig (JSVP): Krippensubvention: Schluss mit der Diskriminierung der klassischen Familie! vom 12.02.08. Dieses Geschäft erscheint auf der nächsten Traktandenliste.
- Motion von Urs Tanner (SP): Ökologische Revision der Rahmentarife für Strom vom 12.02.08. Dieses Geschäft erscheint ebenfalls auf der nächsten Traktandenliste.
- Zwischenbericht des Stadtrates zur Jugend-WG auf dem Geissberg über die ersten sechs Betriebsmonate vom 22.01.08 zur Kenntnis
- Schreiben des Stadtrates an den Schweizerischen Marktverband von Sissach bezüglich Marktstandort Herrenacker vom 24.01.08 zur Kenntnis
- Kleine Anfrage Nr. 4/2008 Walter Hotz (FDP): Kulturmanagement/Skulptur "IVS Kernstück Schauweckerwiese" vom 08.02.08
- Beantwortung des Stadtrates Kleine Anfrage Nr. 14/2007 von Christa Flückiger (SP): Offizielle Stellplätze für Wohnmobile in Schaffhausen vom 29.01.08
- Beantwortung des Stadtrates Kleine Anfrage Nr. 15/2007 von Peter Neukomm (SP): Zukunft nach WoV in der Stadt Schaffhausen vom 22.01.08

## **PROTOKOLL**

Das Protokoll Nr. 1 vom 15.01.08 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

## **TRAKTANDENLISTE**

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Wortmeldung Walter Hotz (FDP)** zum Zwischenbericht des Stadtrates zur Jugend-WG auf dem Geissberg über die ersten sechs Betriebsmonate:

"Anlässlich der Verabschiedung der VdSR "Begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene" an unserer Sitzung vom 26.06.07 haben wir auf Ende November 2007 einen Bericht über die Testphase verlangt. Der Zwischenbericht mit Datum 22. Januar 2008 liegt nun mit etwas Verspätung vor, und ich möchte dazu einige Bemerkungen anbringen.

Gerne gebe ich zu, dass ich bei Zwischenberichten, die von den Betreibern selbst verfasst werden, misstrauisch bin. Ich hätte mir nämlich gewünscht, dass auch ein paar Eindrücke über die Jugend-WG von der zuständigen Kommission verfasst werden. Aber da haben wir ja schon das Problem, es ist wie in anderen Kommissionen, dass jeweils der zuständige Referent auch der Kommissionspräsident ist. Nichtsdestotrotz danke ich dem Stadtrat für den Bericht, der nach einer Betriebszeit von einem halben Jahr sicher noch nicht genug aussagekräftig sein kann.

Der Vorteil dieser sozialen Einrichtung ist unbestritten. Wer Anspruch auf Unterstützung hat, soll diese erhalten. Doch es ist ebenfalls unbestritten, dass in den vergangenen Jahren entgegen anders lautenden Behauptungen unsere Sozialwerke nicht ab-, sondern laufend ausgebaut wurden. Damit dieses soziale Werk "WG-Geissberg" auch in Zukunft funktioniert, muss es bezahlbar bleiben. Wer auf dieses Sozialwerk angewiesen ist, soll unterstützt werden. Ziel muss jedoch Hilfe zur Selbsthilfe sein. Gerade bei der Thematik Hilfe zur Selbsthilfe hätte ich im Zwischenbericht mehr erwartet. Welches sind die Zielsetzungen für die Jugendlichen und was sind die Zielsetzungen für deren verantwortliche Eltern? Wie werden diese Zielsetzungen umgesetzt? Wie erfolgreich waren sie?

Ich hoffe, dass Sie uns nochmals vor dem Jahr 2011 - wenn Sie beabsichtigen, die WG-Geissberg allenfalls definitiv in Betrieb zu nehmen - einen etwas ausführlicheren Bericht zur Verfügung stellen werden. "

**Stellungnahme von SR Thomas Feurer:**

"Wir haben mit dem Ihnen vorliegenden Zwischenbericht ein Instrumentarium geschaffen, das es eigentlich gar nicht gibt und über dessen zukünftige Handhabung wir uns noch unterhalten müssen. War dies jetzt eine Aufforderung, jedes Jahr einen Zwischenbericht zu einer Tätigkeit zu verfassen, über die im Geschäftsbericht des Stadtrates informiert wird? Es entspricht auch nicht einer Tatsache, dass die Jugend-WG Geissberg ein weiteres Sozialwerk ist, sondern wir haben die Jugendlichen aus wesentlich kostenintensiveren anderen Sozialwerken in eine bereits *bestehende* Wohngemeinschaft aufgenommen. Es wurde kein neues weiteres Sozialwerk, sondern eine *Ergänzung* zu etwas bereits Bestehendem geschaffen, wofür bisher unserer Meinung nach keine adäquate Lösung auf dem Markt vorhanden war.

Die Fragestellung des Umgangs mit solchen Zwischenberichten, welche immer wieder zu Diskussionen führen könnten, bedarf weiterer Abklärungen innerhalb des Stadtrates und wahrscheinlich auch mit dem Büro des Grossen Stadtrates. Ich befürchte, dass ein neues Instrument entsteht, das am Schluss mehr Verwirrung als Klarheit schafft. "

**Traktandum 1            VdSR Projektentwicklung Areal Bleiche, Landverkauf  
aufgrund des Zuschlagsentscheides im  
Investorenwettbewerb**

---

**Dr. Paul Bösch (OeBS)**

**SPK-Bericht**

„Ich darf Ihnen heute Abend über die Vorlage „Projektentwicklung Areal Bleiche, Landverkauf aufgrund des Zuschlagsentscheides im Investorenwettbewerb“ und über die Arbeit der entsprechenden Spezialkommission berichten.

Ich gehe davon aus, dass Sie die Vorlage studiert und in den Fraktionen vorberaten haben. Deshalb beschränke ich mich auf die wesentlichen Eckdaten.

Die Vorgeschichte begann mit der Verlegung des Regionalbuszentrums an die Bahnhofstrasse, womit das Areal Bleiche für andere Nutzungen frei wurde. Die zweite Etappe, die Überbauung des Areals Kiefer/Landhaus, geht der Vollendung entgegen. Auch an der Hintersteig wird fleissig renoviert, und nun soll als letzter Streich auf dem Bleiche-Areal ein zusätzlicher städtebaulicher Akzent gesetzt werden.

Ein Vorentscheid für die heutige Vorlage wurde hier im Rat und dann vor allem durch den Volksentscheid vom 26.02.06 gefällt. Damals erteilten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Grossen Stadtrat die Kompetenz, das Areal Bleiche im Baurecht abzugeben oder für gut Fr. 12 Mio. zu verkaufen.

In der Folge dieses Entscheides wurde dann ein Investorenwettbewerb durchgeführt, über dessen Resultat Sie mit der Vorlage des Stadtrates vom 06.11.07 und dem dazugehörenden Bericht des Beurteilungsgremiums orientiert wurden.

In diesem Bericht werden folgende ausschlaggebende Kriterien erwähnt: Qualität des Projektkonzepts, baurechtliche Konformität und Umweltverträglichkeit sowie bauliche Umsetzung und Finanzierung.

Aus der Präqualifikation wurden drei Bietergemeinschaften zum Investorenwettbewerb zugelassen und die Projekte bis Ende Februar 2007 abgeliefert. Das Beurteilungsgremium entschied sich dann, das Konzept „Bilateral“ von Team Karl Steiner AG Zürich und den Architekten Pfister Schiess Tropeano und Partner (ebenfalls aus Zürich) mit dem ersten Rang auszuzeichnen. Diesen Entscheid übernahm auch der Stadtrat und fällte am 15.05.07 den Zuschlagsentscheid für das genannte Projekt.

Die Frage Baurecht oder Verkauf (im Bericht über die Kommissionsarbeit komme ich nochmals darauf zu sprechen) war insofern schnell entschieden, als sich letztlich alle drei Bietergemeinschaften für die Variante Landkauf und gegen die Übernahme im Baurecht aussprachen.

Zu erwähnen ist noch, dass die Überbauung des Bleicheareals einige kleine Umzonungen erforderlich machen wird; diese sind jedoch so geringfügig, dass der Grosse Stadtrat dem Stadtrat die Kompetenz zur Umzonung erteilen kann.

Ein Hinweis noch zu den Anträgen: Bei Antrag 2 muss es in der ersten Klammer auf der 2. Zeile *ehemaliger* und nicht heutiger Bushof heissen.

Und nun zum Bericht über die Kommissionsarbeit: Am 14.01.08 haben wir die

Vorlage in einer 13er Spezialkommission beraten. Das Geschäft war in den Grundzügen kaum bestritten, doch gaben einzelne Aspekte zu lebhaften Diskussionen Anlass. Dazu gehörte erwartungsgemäss die Frage nach Baurecht oder Verkauf. Das Spektrum der Meinungen bezüglich Verkauf des Areals ging von unmissverständlicher Ablehnung über grollendes Schlucken der Kröte bis zu klarer Befürwortung. Die entsprechenden Argumente werden vermutlich von den Fraktionssprechern nochmals in Erinnerung gerufen werden.

Ein zweiter Diskussionspunkt betraf die unglückliche Tatsache, dass sich beim Siegerprojekt der vorgesehene Investor (es handelte sich um Swisscanto) kurz vor der Eingabe des Projektes zurückzog und dann die Karl Steiner AG zusätzlich zur Projektleitung auch als Investor auftrat; dies mit der Absicht, zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Investor zu präsentieren.

Diese Unsicherheit wurde von verschiedenen Votanten moniert, und es wurde auch gefragt, ob nicht die Stadt selber als Investor auftreten solle. Dies wurde aber seitens des Stadtrates klar abgelehnt.

Im Weiteren gab auch noch der Verkaufspreis zu reden, wobei Stadtrat Peter Käppler darlegte, dass aus Sicht der Stadt die Relation von Verkaufserlös und damit eingehandelten Vorteilen zufriedenstellend sei.

Die Eintretensabstimmung ergab dann folgendes Resultat: 8 Ja, 2 Enthaltungen bei 3 Abwesenheiten. In der Detailberatung konnten bestehende Unklarheiten zur Zufriedenheit der Fragenstellerinnen und Fragensteller geklärt werden, worauf die Vorlage in der Schlussabstimmung mit 8 Ja, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung bei 3 Abwesenheiten genehmigt wurde.

Zum Schluss möchte ich es nicht unterlassen, allen an der Kommissionsarbeit Beteiligten für die gute und konstruktive Arbeit zu danken. Namentlich erwähnen möchte ich dabei Esther Brinkmann, die das Protokoll in rekordverdächtiger Zeit erstellt hat.

Gerne benütze ich die Gelegenheit, auch noch die Erklärung der **OeBS/EVP-Fraktion** bekannt zu geben. Wir sind zufrieden, dass mit dieser Vorlage nun auch der letzte Mosaikstein der Stadterweiterung hinter dem Bahnhof gesetzt werden kann. Die Zufriedenheit über das geplante Vorgehen ist hingegen nicht ungeteilt und dementsprechend werden in der Beratung vermutlich nochmals kritische Stimmen aus unseren Reihen zu vernehmen sein und auch bei der Abstimmung kann ich Ihnen nicht eine einheitliche Fraktionsmeinung versprechen. “

### **Urs FÜRER (SP)**

### **SP/AL-Fraktionserklärung**

”Um es vorweg zu nehmen, ich spreche hier für den Teil der SP/AL-Fraktion, welcher der Vorlage zustimmen wird.

Als erstes möchte ich an dieser Stelle dem Kommissionspräsidenten Paul Bösch ganz herzlich für die kompetente Leitung der Spezialkommission sowie für die Vorstellung der Vorlage danken. Ebenfalls danken möchte ich Stadtrat Peter Käppler sowie den Herren Tanner, Witzig und Wolter und Esther Brinkmann aus der Verwaltung.

In nur einer Sitzung hat die Spezialkommission die städtebaulich sehr wichtige

Vorlage beraten und ihr mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung zugestimmt. Auch ich habe der Vorlage zugestimmt und werde das auch heute Abend tun, wenn auch nur mit halbem Herzen. Muss ich doch gegen meine eigentliche Überzeugung - Baurecht vor Verkauf - ausgerechnet bei einer so zentralen Parzelle für eine Variante, die den Verkauf vorsieht, ja sagen. Doch dieser Entscheid ist leider bereits am 26.02.06 vom Volk gutgeheissen worden. Nach dem Entscheid beide Varianten Baurecht und Verkauf in einer Ausschreibung anzubieten, war leider bereits klar, dass die Variante Baurecht wohl keine Chance haben wird.

Dass dann in der Präqualifikation nur eine Bietergemeinschaft die Übernahme im Baurecht in Betracht gezogen hat, ist bedauerlich, aber wenig überraschend.

Schon mehr überrascht hat mich dann, als ich aus der Vorlage erfahren habe, dass der eigentlich vorgesehene Investor, die Swisscanto Anlagestiftung, sich vom Projekt zurückgezogen hat und der Bauherr, die Firma Karl Steiner AG, als Investor auf Zeit eingesprungen ist. Ich finde es schade, dass die Stadt in dieser Situation sich nicht aktiv für eine eigene Investitionslösung – zum Beispiel zusammen mit regionalen Partnern wie der kantonalen Pensionskasse – eingesetzt hat. Auch bin ich von der Aussage der Verwaltung, dass nach Bauabschluss ein Verkauf in Stücken nicht geplant ist und bei diesem Objekt als nicht geeignet betrachtet wird, nicht überzeugt.

Das Projekt "Bilateral" ist meiner Meinung nach auch architektonisch kein grosser Wurf, erfüllt aber sämtliche Anforderungen der Ausschreibung und ich werde - zusammen mit einem Teil unserer Fraktion - dem Verkauf des Areals Bleiche zustimmen. "

**Christian Bächtold (FDP)**

**FDP/jfsh-Fraktionserklärung**

"Der Kommissionspräsident hat ausführlich berichtet und die Vorlage mit Beilagen des Stadtrates sind detailliert und aussagekräftig. Ich fasse mich kurz. Die FDP/jfsh-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung.

Trotz unserer uneingeschränkten Zustimmung ist uns sauer aufgestossen, dass von den zehn Bewerbungen drei auswärtige Bietergemeinschaften ausgewählt und keinem Ortansässigen eine Chance gegeben wurde, obschon vor allem diese in den letzten Jahren in Schaffhausen investierten. Dazu kommt noch, dass ausgerechnet der Bewerber, bei dem der Investor ausgestiegen ist, den Zuschlag erhält. Als Ersatzinvestor steigt der Generalunternehmer ein, welcher zu hundert Prozent nicht für sich, sondern rein spekulativ investiert. Der Investorenwettbewerb wurde zu einem reinen Studienwettbewerb.

Trotz dieses Schönheitsfehlers laufen wir nicht Sturm gegen dieses Geschäft. Auch wir erwarten positive Impulse für unsere Stadt. Wir erwarten aber, dass bei den Terminen nicht noch weitere Zugeständnisse gemacht werden. Dass das Bauland verkauft wird, ist bei uns ebenfalls unbestritten. Wir stimmen der Vorlage zu. "

**Josef Eugster (SVP)**

**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

"Nachdem nun der Investorenwettbewerb durchgeführt wurde und der detaillierte Ablauf, die Ergebnisse und der Bericht des Beurteilungsgremiums vorliegen, kann der nächste Schritt eingeleitet werden. Ich kann Ihnen versichern, dass der Ablauf des Investorenwettbewerbs mit Präqualifikation mit grösster Sorgfalt und Umsicht durchgeführt wurde, weil ich Mitglied dieses Gremiums war. Die Fachjury hat es sich

nicht leicht gemacht, die besten drei Bietergemeinschaften auszuwählen und zu bestimmen, welche Projekte weiter verfolgt werden sollen.

Bei der Detailberatung der drei Bietergemeinschaften hat sich ein Projekt in Bezug auf die Raumplanung, die Verkehrserschliessung und die Fussgängeranbindung eindeutig hervorgehoben. Nach intensiver Detailberatung kam das Beurteilungsgremium einstimmig zum Schluss, dass das Projekt der Bietergemeinschaft Swisscanto Anlagestiftung/Karl Steiner AG/Pfister Schiess Tropeano & Partner Architekten AG den Zuschlag bekommen soll. Als Nebenbemerkung ist festzuhalten, dass sich im Laufe der Verhandlungen die Swisscanto-Anlagestiftung als Investor zurückgezogen hat, mit der Begründung, dass in Schaffhausen nicht genügend Rentabilität erzielt werden könne. Die Firma Karl Steiner AG versicherte uns, dass dieses Projekt auch ohne Swisscanto umgesetzt würde.

Nun komme ich zum eigentlichen Geschäft, über das wir zu beschliessen haben, nämlich zum Verkauf des Grundstückes Areal Bleiche.

Der Verkaufspreis beträgt Fr. 1'200.-- pro Quadratmeter, bei einer Fläche von 10'294 m<sup>2</sup> beläuft sich der Totalpreis auf Fr. 12,35 Mio. Als Variante zum Verkauf wurde gleichermassen das Baurecht angeboten, was aber durchwegs abgelehnt wurde. Die Begründung war die gleiche: Investitionen in dieser Grössenordnung werden in der Regel durch Anlagestiftungen in Form eines Fonds getätigt, welcher der Regulierung der EKB unterliegt und Baurechte nur in ganz beschränktem Rahmen ermöglicht. Auch ist ein Baurecht in dieser Grössenordnung für die Stadt ein nicht unterschätzbares Risiko.

Zusammenfassend empfehle ich Ihnen, dem Verkauf an die Karl Steiner AG zuzustimmen. Ich bin überzeugt, dass damit der Grundstein für ein gutes Projekt auf dem Areal Bleiche gelegt wird, was wiederum für die Weiterentwicklung der Stadt Schaffhausen wegweisend sein wird.

Im Weiteren kann ich Ihnen mitteilen, dass die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** dem Verkauf einstimmig zustimmen wird. “

### **Getrud Distel (CVP)**

### **Votum**

”Die CVP sagt ja zur Vorlage Bleiche. Im Februar 2006 hat das Stimmvolk mit grosser Mehrheit dem Stadtrat die Kompetenz gegeben, den Investorenwettbewerb sowohl im Baurecht wie auch zum Verkauf auszuschreiben. Alle drei Bietergemeinschaften entschieden sich für den Landkauf. Für das Siegerprojekt der Karl Steiner AG kommt nur ein Landkauf in Frage, sonst steigt sie wieder aus.

Die CVP versteht diese Haltung. Für grössere Investoren ist ein Landkauf interessanter als das Baurecht. Ein Baurecht dieser Grösse ist für die Stadt ein erhebliches Risiko; denken wir nur einmal an die Heimfallentschädigung. Sagen wir ja zum Landverkauf Bleiche und freuen uns, dass auch diese Fläche attraktiv überbaut wird. “

Der **Ratspräsident** erteilt anschliessend Iren Eichenberger (OeBS) das Wort und kündigt an, dass sich mit den nächsten Wortmeldungen der Wind wohl etwas drehen werde.

**Iren Eichenberger (OeBS)****Votum**

"Ich will natürlich den Präsidenten nicht enttäuschen und sage Ihnen, dass ich zur Kategorie der unmissverständlichen Ablehnung gehöre; aber wir waren "böse" in der Minderheit.

Lassen Sie mich meine persönlichen Gedanken zur Vorlage darlegen: Seit einigen Jahren erscheint mir, dass alles, was diese Stadt anrührt, zu Silber wird; das Projekt PASS hat sich in den Köpfen festgesetzt und ist ein "PASS(e)partout" für einen städtischen Grundstückshandel geworden, wie ich ihn zuvor nie erträumt hätte. Im vorliegenden Fall war jedoch das Wesen der Zukunft keine miraculöse Kunst, vielmehr lag das offensichtliche Bestreben die Bleiche zu verkaufen, schon im Abstimmungskampf vor zwei Jahren auf der Hand. Es scheint die Stadt in keiner Weise zu stören, dass ihr damals immerhin 40% der Stadtbevölkerung die Stimme versagt hatte. Zudem wurde vor der Abstimmung stets betont, eine Vollmacht an Stadtrat und Parlament bedeute noch lange nicht einzig und allein den Verkauf.

Im Nachhinein scheint das Bemühen - so erscheint es mir wenigstens - um die Baurechtsvergabe einigermassen erlahmt zu sein; ich habe fast den Eindruck, man liess die Interessenten zwischen gesundem Spinat und leckerem Big Mac wählen. Sie haben gewählt. Das Parlament hat heute keine grosse Wahl, in der Vorlage steht auf Seite 8 *"Würde sich der Grosse Stadtrat indes für die Abgabe im Baurecht entscheiden und einen Landverkauf ablehnen, so würde dies eine Verletzung der Bedingungen des Investorenwettbewerbs bedeuten"*. Der Stadtrat sagt damit klar, dass wir keine Alternative zur gewünschten Zustimmung hätten. Ich bin der Meinung, das sei den Stimmbürgern anders kommuniziert worden und habe diesen Punkt in der SPK kritisiert.

Andererseits muss ich auch sagen, dass mich die Fachleute mit vernünftigen Argumenten vom Verkauf zu überzeugen versuchten. Ihre Rechnung stimmt, zweifellos; nur meine ich, dass man den Nutzen eben nicht lediglich in Franken und Rappen zählen kann, sondern man sollte auf die Perspektive sehen. Ich wünschte der Stadt einen Raum zu erhalten, um diesen langfristig mit den Bedürfnissen der Altstadt in Einklang bringen zu können. Die Bau- und Zonenordnung lässt dies nur begrenzt zu. Als Grundeigentümerin könnte die Stadt mit Baurechtsvergaben den Branchenmix beeinflussen und die Boden-, respektive die Preisentwicklung ebenfalls. Übrigens glaube ich, dass der heute angesetzte Preis nicht überragend ist. So hat sich laut Auskunft der Verwaltung der Bodenpreis in den letzten zehn Jahren von Fr. 600.-- auf Fr. 1'200.-- pro Quadratmeter verdoppelt. Die künftige Wertsteigerung werden andere abschöpfen. Wollen wir das? Ein Baurechtszins würde die Preisentwicklung sukzessive mitmachen und der Stadt, respektive dem Rahmenkredit auf Jahre hinaus Einkünfte erhalten.

Sie hören es, mein Fazit lautet wie folgt: Ich kann nicht zustimmen. Mir scheint der jetzt eingeschlagene Weg der falsche. Ich bin für Bodenhaltung, auch hier. Die Stadt soll wertvollen Boden nicht aus der Hand geben und der freien Marktwirtschaft überlassen, sondern diesen künftigen Generationen zur Nutzung frei erhalten. "

**Iren Eichenberger (OeBS)** bestätigt dem **Ratspräsidenten**, dass sie keinen Antrag auf Nichteintreten stellt.

**Christoph Schlatter (SP)**

**SP/AL-Fraktionserklärung**

„Auch ich werde keinen Antrag auf Nichteintreten stellen. An dieser Stelle möchte ich Ihnen nur die Haltung der Mitglieder unserer Fraktion bekannt geben, welche für ein Nein der Vorlage votieren.“

Während der Ratsdebatte vom 15.11.05 zur Vorlage Projektentwicklung Areal Bleiche wurde über die Vor- und Nachteile eines Verkaufs debattiert, obwohl es eigentlich damals um die Frage ging, ob das Volk dem Grossen Stadtrat die Kompetenz abtreten solle, eigenständig über die Abgabe im Baurecht oder den Verkauf des Areals zu befinden.

Im Verlauf der Diskussion zeichnete sich ab, dass eine Mehrheit den Verkauf favorisieren würde. In der Debatte ging es nicht mehr darum, ob das Volk die Kompetenz an den Grossen Stadtrat abtreten solle, sondern es ging bereits um den Verkauf oder die Abgabe im Baurecht. Dieser Sachverhalt hat dazu geführt, dass ein Viertel der Parlamentsmitglieder die Vorlage abgelehnt haben. Die Vorlage wurde mit 30 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen überwiesen. Ein Viertel der Ratsmitglieder hat die Vorlage deshalb abgelehnt, weil sie befürchteten, dass die Exekutive sich für einen Verkauf stark machen und somit die Option der Abgabe im Baurecht obsolet würde.

Dieser Hinweis ist von Bedeutung, weil es nicht darum gegangen ist, dem Volk eine Mitbestimmung vorzuenthalten, sondern den Landverkauf zu „verhindern“.

In der Zwischenzeit hat das Volk darüber entschieden, wir sollen entscheiden. Daher können wir heute für einmal dafür oder dagegen sein, in beiden Fällen berücksichtigen wir den Volkswillen.

Bekanntlich tut sich unsere Fraktion mit Landverkäufen schwer. Einerseits verliert die Stadt an städtebaulich zentralen Punkten an Einflussmöglichkeiten. Andererseits sichert die Abgabe im Baurecht der Stadt gesicherte und wiederkehrende Einnahmen. Weshalb wir die Abgabe im Baurecht bevorzugen, wurde von uns in diesem Rat schon mehrfach dargelegt. Da sich an unserer Argumentation seit November 2005 nichts geändert hat, sind wir nach wie vor davon überzeugt, dass es sich beim Areal Bleiche um ein städtisches Filetstück handelt, welches auch im Besitz der Stadt bleiben soll. Wir werden auch heute die Vorlage ablehnen.“

**SR Peter Käppler**

**Stellungnahme SR**

„Ich bedanke mich herzlich beim Präsidenten der SPK Paul Bösch für die Berichterstattung aus der Kommission und die Vorstellung der Vorlage und bei den Fraktionssprecherinnen und -sprechern für die weitgehend gute Aufnahme der Vorlage. Ich habe bei Ihnen grundsätzliche Zustimmung zur Vorlage und zum Projekt gespürt, einzig bei der Frage der Abgabe im Baurecht oder zum Verkauf sind Differenzen auszumachen, auf die ich später nochmals eintreten werde.“

Erlauben Sie mir nochmals auf die Bedeutung des Projektes für unsere Stadt und zum Ablauf der Projektentwicklung einzugehen.

Auch wenn ich nicht den ganzen geschichtlichen Ablauf der Planungen im Bereich der Bleiche und des ehemaligen Landhauses aufrollen werde - dieses überlasse ich gerne den Geschichtsschreibern - so gilt es doch eine kurze Rückblende in das Jahr 2000 zu machen.

Im letzten Jahr des zweiten Jahrtausends ist die Vorlage des Stadtrates, welche den Rahmenplan 1999 „Zentrum Landhaus“ beinhaltete, beim Parlament in Ungnade gefallen, damals war neben der baulichen Entwicklung im Bleiche- und Landhaus Areal die Neuerrichtung des Buszentrums entlang der Spitalstrasse vorgesehen.

Mit der Rückweisung der Vorlage wurde der Stadtrat beauftragt, ein Mitwirkungsverfahren zur Projektentwicklung im Bereich Bahnhof/Landhaus/Bleiche in Angriff zu nehmen. Im Steuerungsausschuss, unter Federführung der Wirtschaftsförderung, waren auch die heute noch im Amt stehenden GrSR Mitglieder Andres Bächtold, Peter Möller, Roland Schöttle und Alfred Zollinger dabei. Das Resultat des Verfahrens waren die Festlegung der Nutzungen und Funktionen der verschiedenen Teilgebiete, wie auch die Vorgehensweise und gewisse Rahmenbedingungen.

Die Umsetzung dieses breit abgestützten Kompromisses aus dem Jahr 2000 ist bislang ohne grosse Hürden erfolgt. Sie wissen es, im Jahr 2002 wurde dem Bau des Buszentrums und der Velostation zugestimmt sowie der Umzonung der Gebiete Landhaus und Bleiche in die Ergänzungszone, das vom Grossen Stadtrat vergebene Baurecht Landhaus Kiefer steht kurz vor der Vollendung und die vier Baurechte der Hintersteigzeile wurden im Parlament ebenfalls positiv beurteilt und vergeben.

Nun stehen wir heute davor, das im Rahmen der Planung öfters als Filetstück bezeichnete Areal Bleiche vergeben zu können.

In der Volksabstimmung vom 26.02.06 erteilten die Stimmberechtigten dem Grossen Stadtrat die Kompetenz über die Vergabe des Areals Bleiche zum Preis von Fr. 12,2 Mio. zu entscheiden. Dieser Weg mit der vorgezogenen Volksabstimmung war zwar etwas aussergewöhnlich, hat sich aber als richtig erwiesen, wie die Anzahl und die Qualität der Eingaben des im Mai 2006 gestarteten Investorenwettbewerbs gezeigt haben. Ursprünglich bestand eine gewisse Angst, dass für diesen Wettbewerb in Schaffhausen - das damals in der Wirtschaftspresse keine allzu guten Zeilen hatte - keine Bewerbungen eingehen würden. Schlussendlich konnten wir in einer ersten Phase des Wettbewerbs aus zehn eingegangenen Bewerbungen eine Selektion machen und danach drei qualifizierte Bietergemeinschaften durch die Jury für den Investorenwettbewerb auswählen:

- Swisscanto Anlagestiftung, Zürich
- Karl Steiner AG, Zürich
- Pfister Schiess Tropeano & Partner Architekten AG, Zürich
  
- Publica Pensionskasse, Bern
- Mobag AG, Zürich
- steigerpartner Architekten und Planer AG, Zürich
  
- Swiss Prime Site AG, Olten
- Gigon Guyer Architekten ETH/BSA/SIA AG, Zürich

Es wurde Kritik laut, dass aus Schaffhausen niemand dabei war. Unter den zehn eingegangenen Bewerbungen waren auch Teams aus Schaffhausen dabei. In der Präqualifikation wurde die Leistungsfähigkeit dieser Teams sorgfältig untersucht; einerseits wurde darauf Wert gelegt, ob ein Projektentwickler die Fähigkeit hat, ein Projekt dieser Grössenordnung zu erfüllen, andererseits aber auch, ob die Investoren

und die Architekten den hohen Anforderungen gewachsen sind. In der Gesamtbeurteilung der Teamleistung mussten alle drei Punkte (Projektentwicklung, Investoren, Architekten) vollumfänglich erfüllt sein. Wir hätten uns in der Jury sehr über ein Schaffhauser Team gefreut. Ich bin dankbar, dass Josef Eugster - wie von ihm in seinem Votum berichtet - in der Jury war und diesen Entscheid mitgetragen hat.

Diese Entwicklerteams hatten die Aufgabe, für das Areal Bleiche tragfähige Projektkonzepte zu erarbeiten. Diese umfassten:

- Städtebauliches Gesamtkonzept
- Funktionsfähige Verkehrserschliessung
- Für das Entwicklungsgebiet erforderliche Infrastruktur

Die Varianten Kauf oder Baurecht waren in der Ausschreibung frei wählbar enthalten und der Kaufpreis von Fr. 12.2 Mio., beziehungsweise eines entsprechenden Baurechtszines waren im Sinne einer Zielvorgabe festgelegt.

Am 04.04.07 hat die Jury die Beurteilung der eingereichten Projektkonzepte vorgenommen.

Das Beurteilungsgremium empfahl dem Stadtrat einstimmig, dem Angebot der Bietergemeinschaft "Bilateral" (Karl Steiner AG, Pfister Schiess Tropeano & Partner Architekten AG) den Zuschlag für den Landkauf zu erteilen. Der Stadtrat hat die Zuschlagsempfehlung mit Beschluss vom 15.05.07 bestätigt.

Das Projektkonzept "Bilateral" besticht durch eine herausragende Analyse des Ortes und einer städtebaulich folgerichtigen Umsetzung. Die Unterführung Löwengässchen wird als Nabelschnur zur Altstadt betrachtet und aufgewertet. Im Zentrum der neuen Überbauung entsteht ein Platz mit städtischer Atmosphäre. Im siebengeschossigen markanten Zeilenbau an der Mühlentalstrasse - dem neuen Eingangstor zum Mühlental - ist ein Hotel der 4-Sterne-Kategorie geplant. Auf die Zeile Hintersteig wird durch eine geschickte Zurückstaffelung der Höhenentwicklung der Bauten Rücksicht genommen. Die Bauten sind variabel sowohl für Wohnen wie für Dienstleistungen nutzbar, damit werden günstige Realisierungsvoraussetzungen geschaffen. Das geplante Nutzungsangebot ist ausgewogen und wird als attraktiv und markfähig betrachtet.

Die Komplexität und die hohen Anforderungen der Aufgabe stellten grosse Ansprüche an die teilnehmenden Bietergemeinschaften. Alle Bietergemeinschaften haben sorgfältig und minutiös gearbeitet, dies kann als Erfolg des Wettbewerbs gewertet werden. Die eingereichten Projektkonzepte wiesen durchweg gute Qualität auf, sodass der Zuschlagsentscheid nicht einfach war. Insgesamt hat sich das gewählte Vorgehen mit einem zweiphasigen Investorenwettbewerb bewährt, obwohl das Verfahren ziemlich aufwändig war.

Alle drei Bietergemeinschaften sahen einen Kauf des Areals vor, ein Baurecht wurde nicht gewünscht. Damit hat sich die Einschätzung bestätigt, dass ein Baurecht für grössere Investoren in unserer Stadt zurzeit noch wenig attraktiv ist. Dies ändert sich vielleicht in einigen Jahren.

Kurz vor der Beurteilung durch die Jury wurde die Stadt durch Karl Steiner AG informiert, dass Swisscanto als Investor ausgestiegen ist und Karl Steiner AG diese

Rolle übernimmt, dass heisst, dass diese Firma für das Projekt als Investor auftreten wird. Die Jury hat entschieden, dass aufgrund der offenen Information und der Gewährleistung, dass ein Investor vorhanden ist, welcher das Projekt zügig umsetzt, kein Ausschluss vom Wettbewerb erfolgen muss. Von Seiten der Stadt wurden die notwendigen Sicherheiten durch Karl Steiner AG verlangt und diese wurden auch beigebracht. Die Karl Steiner AG ist sehr daran interessiert, das Projekt umzusetzen und baldmöglichst mit dem Bau zu beginnen; sie bietet auch Gewähr, diese Leistungen erfüllen zu können, da sie über ausgezeichnete Referenzen verfügt (Sihlcity).

Der Stadtrat freut sich mit dem heutigen Bericht und Antrag Ihnen einen weiteren Meilenstein für die positive Entwicklung unserer Stadt vorlegen zu können und dankt Ihnen, dass Sie dies unterstützen.

Warum ist die Entwicklung des Areals Bleiche für unsere Stadt so wichtig?

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die städtebauliche und funktionale Aufwertung der einzelnen Teilgebiete westlich des Bahnareals einen bedeutenden Entwicklungsschritt für die Stadt Schaffhausen darstellen.

Für Schaffhausen besteht ein hohes Potential im Bereich Wohnen und Dienstleistungen. Für den Bereich Dienstleistungen ist die Lagequalität von eminenter Bedeutung. Mit den topographischen Verhältnissen gibt es nur eine Möglichkeit, um die notwendigen Flächen an verkehrsgünstiger Lage zu schaffen, und dies ist das Gebiet Bleiche, Landhaus Mühletal.

Hier ist es möglich einen neuen Schwerpunkt für die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt zu erstellen, der auch von den durch die Stadt aufzubringenden Infrastrukturkosten erträglich ist. Der Erfolg des Baurechtes Landhaus mit über 200 Arbeitsplätzen zeigt dies sehr gut auf.

Mit dem Areal Bleiche und der im Projekt vorgesehenen gemischten Nutzung:

Wohnen	7'250 m <sup>2</sup>	34.5%
Dienstleistungen	4'100 m <sup>2</sup>	20.0%
Hotel	7'710 m <sup>2</sup>	36.0%
Geschäfte	2'280 m <sup>2</sup>	9.5%

können die Erwartungen der Stadt erfüllt werden, zudem ist die Wirtschaftlichkeit und damit auch die rasche Umsetzung dank der verschiedenen Nutzungen sichergestellt.

Zurzeit läuft ebenfalls eine Planung im Diana Areal, im vorderen Mühletal ist der Durachpark mit ungefähr 3'000 m<sup>2</sup> Dienstleistungsflächen praktisch fertig gestellt und das Projekt Werk 1 bietet ein weiteres grosses Potential an Dienstleistungs-, Veranstaltungs- und Wohnflächen. Beste Voraussetzungen für Wohnen und Arbeiten im Zentrum der Stadt, welches sicher auch positive Auswirkungen für das Zentrum Altstadt haben wird und die Ziele der Stadt nach zusätzliche Arbeitsplätzen und neuen Einwohnerinnen und Einwohnern erfüllt (der Halbstundentakt nach Zürich als Unterstützung ist bereits deponiert).

Dass mit dem Projekt der Bau eines Hotels verbunden ist, bedeutet ein weiter Gewinn für unsere Region. Der Newsletter der Wirtschaftsförderung vom Nov. 07 zeigte auf, dass der Bedarf für ein Business Hotel für Schaffhausen ausgewiesen hoch ist. Dadurch wird nicht etwa die einheimische Hotellerie gefährdet, sondern der

Platzierung von Übernachtungsgästen im Raum Zürich statt in unserer Stadt Einhalt geboten. Das Seminarhotel mit 120 – 130 Betten wird zu einer zusätzlichen Wertschöpfung für Schaffhausen führen.

Ein weiterer Vorteil des Projektes ist der neue öffentliche Platz als Verbindung vom Bahnhof zur Hintersteig, aber auch als Querverbindung zur Mühlentalstrasse und die 550 Parkplätze im benutzerfreundlichen Parkhaus, einerseits als Ersatz für das Park and Ride und die öffentlichen Parkplätze, andererseits für den Eigenbedarf der Überbauung.

Die Zielsetzungen, welche der Stadtrat, GrSR und das Volk mit der Vorlage Projektentwicklung Areal Bleiche vom 26.02.06 verbunden haben, können mit dem vorliegenden Projekt „Bilateral“ erfüllt werden und der Stadtrat ist überzeugt, dass die Erwartungen in diesen Standort erfüllt werden können.

In der SPK wie auch heute gab die Frage der Abgabe im Baurecht oder als Verkauf zu reden. Die Ausschreibung des Investorenwettbewerbes wurde gemäss Beschluss des Grossen Stadtrates vom 15.11.05 durchgeführt und in den Unterlagen für den Investorenwettbewerb wurden beide Optionen (Baurecht oder Verkauf) gleichberechtigt aufgeführt. Insofern können wir festhalten, dass die im Vorfeld der Volksabstimmung gemachten Versprechungen eingehalten wurden.

Trotzdem stand für die Investoren unisono ein Landkauf im Vordergrund. Der Stadtrat beantragt dem Grossen Stadtrat deshalb - in Befolgung der Bedingungen des Investorenwettbewerbs - einen Verkauf des Bleiche-Areals.

Würde sich der Grosse Stadtrat indes für die Abgabe im Baurecht entscheiden und einen Landverkauf ablehnen, so würde dies bedeuten, dass das gesamte Verfahren nochmals von vorn gestartet werden müsste. Die Planungsarbeiten würden um eineinhalb Jahre zurückgeworfen. Ich hoffe, dass dies nicht geschieht.

Ich möchte den Kritikern des Verkaufs folgende Anmerkungen auf den Weg geben: Mit den oben geschilderten engen Vorgaben für die Projektentwicklung können die Erwartungen der Stadt an die zukünftige Nutzung und Funktion des Areals vollumfänglich erfüllt werden, dies macht aus Sicht des SR den Verkauf des Areals leichter.

Die Aufgabe der Stadt ist es, Areale, welche für die zukünftige Entwicklung der Stadt von Bedeutung sind, zu kaufen und der optimalen Weiterentwicklung zuzuführen; dies geschieht in aller Regel im Baurecht. Dass das Areal Bleiche eine Ausnahme ist und der Verkauf empfohlen wird, hat verschiedene Gründe:

- Konkurrenzsituation und Lage von Schaffhausen im Vergleich zu Zürich
- Grösse des Areals (10'000 m<sup>2</sup>) und damit verbunden auch das Risiko des Heimfalles
- Absicherung des Verkaufs mit der Vereinbarung des Vor- und Rückkaufrechtes

Festzuhalten ist auch, dass das Geld in den Rahmenkredit für Landerwerbe fliesst und der Stadt ermöglicht weitere Areale zu kaufen, um sie einer sinnvollen Bestimmung zuzuführen und damit einen weiteren wichtigen Entwicklungsschritt auszulösen.

Zudem darf darauf hingewiesen werden, dass für die Freispielung des Areals verschiedene Landkäufe notwendig waren (Areal Kiefer, Anteil Zeile Hintersteig, Anteil Areal Bleiche sowie die Rollschemelanlage). Der Aufwand hierfür betrug ungefähr Fr. 5.4 Mio. Die Nettoinvestitionen für das Buszentrum Bahnhofstrasse (inklusive Velostation und Nebeneinrichtungen Areal Landhaus) beträgt ebenfalls rund Fr. 5.46 Mio. Es wurde kräftig investiert, bevor geerntet werden konnte.

Der Gegenwert für die Stadt Schaffhausen ist jedoch beachtlich. Neben der Gebietsaufwertung resultiert als Gewinn für das gesamte Gebiet:

- Der öffentliche Verkehr ist an der Bahnhofstrasse konzentriert, daneben wird das Angebot für Veloabstellplätze ausgebaut (Velostation, Bleiche, Landhaus/Kiefer-Areal).
- Private realisieren ein Investitionsvolumen von deutlich über Fr. 110 Mio. (Kiefer / Landhaus, Zeile Hintersteig und Bleiche).
- Gesamthaft werden gegen 30'000 m<sup>2</sup> Nutzfläche für Dienstleistungen, Geschäfte, ein Hotel sowie Wohnungen realisiert. Beachtliche Teile davon hätten in der Altstadt in bestehenden Baustrukturen keinen Platz gefunden.
- Die Vorlage Landverkauf Bleiche betrifft rund zwei Drittel des obgenannten Nutzungspotentials. Dies vermag die Bedeutung und Wichtigkeit für die angestrebte Stadtentwicklung mit neuen Einwohnerinnen und Einwohnern und damit Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufzeigen.

Der Stadtrat dankt Ihnen für die Zustimmung zum Verkauf und der damit verbundenen Realisierung des Projektes "Bilateral" und ist überzeugt, mit Ihnen einen grossen Schritt für die positive Entwicklung im Bereich Bahnhof - Mühlental zu machen. "

### **Roland Schöttle**

### **Votum**

"Aufgrund der Äusserungen von SR Peter Kämpfer sehe ich mich veranlasst, noch einige Bemerkungen anzuführen. Mir ist aufgefallen, dass er aus den Voten der Fraktionsmitglieder nur die Kritik herausgehört haben will, es gehe um die Frage des Verkaufs oder des Baurechts. Ich erinnere mich an das Votum von Christian Bächtold, der deutliche Kritik am Wettbewerbsverfahren übte und das vielen Unbehagen bereitete. Es wurde ein *Investorenwettbewerb* ausgeschrieben, das heisst, im Grossen Stadtrat ist ein solcher Investorenwettbewerb in Auftrag gegeben worden.

Der Erstprämierte hat sich anschliessend als Investor zurückgezogen, ein Thema, das behandelt werden müsste. Die Schaffhauser Mitbewerber lagen knapp dahinter und konnten sich im Wettbewerb auf Rang vier platzieren. Wie SR Peter Kämpfer vorhin ausführte, wurden die Schaffhauser Mitbewerber auf ihre Leistungsfähigkeit (objekt- und finanzbezogen) geprüft und erreichten deswegen nicht die Ränge eins bis drei.

Es stört mich, dass sich SR Peter Kämpfer in seinen Ausführungen mit dem in letzter Zeit in der Stadt Schaffhausen von diesen Investoren geleisteten Engagement als *Schaffhauser Leistung* rühmt. Es mutet vielleicht etwas sonderbar an, wenn ich so etwas sage. Ich erinnere mich, dass die Stadt ungefähr 20 Jahre mit einem ausländischen Investor, der sich an die Stadt gebunden, beziehungsweise die Stadt sich mit einem Vertrag an ihn gebunden hatte, im Güterhof blockiert waren. Es ist nie etwas passiert, bis Schaffhauser Investoren in die Hosen stiegen und die Umsetzung

tatsächlich anpackten, und zwar auf eigenes Risiko.

Ich frage mich, was auf dem Bleiche Areal passiert, wenn die Investoren, die in ihren Äusserungen Schaffhausen als zu wenig rentables Gebiet einstufen, das Land gekauft haben, aber nicht investieren. Was gedenkt der Stadtrat in einem solchen Fall zu tun? Oder ob nicht viel eher unter der Prämisse, dass der erste Investor ausstieg, den anderen zwei die Gewissenfrage nie gestellt wurde, ob sie überhaupt investieren wollten, weil für sie das Thema ja gar nicht von Interesse war. Hätte dies nicht nochmals überprüft werden müssen, allenfalls mit einer erneuten Wettbewerbsausschreibung? Ich werde weder ja noch nein sagen, sondern mich zu dieser Vorlage der Stimme enthalten. “

### **Christoph Lenz (AL)**

### **Votum**

”Ich wurde vor allem ob der Formulierung, dass in aller Regel die strategisch wichtigen Flächen im Baurecht abgegeben würden, ans Rednerpult gerufen. Ich bin drei Jahre in diesem Rat und erinnere mich vor allem an die Hintersteig 7 oder an die Thayngerstrasse, Flächen von vielleicht ein paar hundert, allenfalls 1’500 Quadratmetern, die ich mit meinem Wissen von der Bau- und Planungspolitik nicht als strategisch wichtige Flächen bezeichnen würde. Ich war als Mitglied der SPK gegen den Verkauf, das Projekt hat mir allerdings ganz gut gefallen. Sie können dies auf meine bescheidenen unternehmerischen Kenntnisse zurückführen, die vom Monopoly-Spiel kommen. Wenn ich während des Monopoly-Spieles den Paradeplatz in Zürich besass, habe ich diesen nicht verkauft, sondern ein eigenes Hotel gebaut und bin mit vollen Taschen vom Spieltisch gegangen. “

### **SR Peter Käppler**

### **Stellungnahme**

”Ich habe mir beim Monopoly-Spielen den Hotelbau damals nur in Schaffhausen leisten können; ich war nie so gut. Meine Aussage lautete, dass strategische Grundstücke erworben werden, um sie einer gescheiterten Entwicklung zuzuführen. Welches die Strategie ist, ob Verkauf oder nicht, kann man im Voraus nicht wissen. Tatsache ist, dass wir mit dem Erlös von Verkäufen, die in den Rahmkredit fliessen, Neuerwerbe tätigen, die sehr wohl unter dem Kriterium geprüft werden, ob sie für die weitere Zukunftsentwicklung der Stadt sinnvoll sind oder nicht. Ob der gefällte Strategieentscheid der richtige war, erweist sich meistens erst einige Jahre später. Im vorliegenden Fall wurden über Jahre verschiedene Grundstücksteile, beispielsweise von der Post und der Bahn, gekauft.

Zu den Aussagen von Roland Schöttle über das Wettbewerbsverfahren: Es entspricht nicht der Tatsache, dass der Erstprämierte keinen Investor hatte. *Vor der Jurierung* kommunizierte Karl Steiner AG, dass Swisscanto als Investor ausstieg. Es fand auch eine Diskussion darüber statt, und die Jury hielt fest, dass ein Projektentwickler auch gleichzeitig als Investor fungierte und erachtete die Bedingungen trotzdem als erfüllt. Wäre dies nach der Jurierung passiert, hätte sich die Ausgangssituation entsprechend geändert. Wäre eine Entscheidung gegen das Projekt der Karl Steiner AG gefällt worden, hätte man auf zwei weitere Projekte zurückgreifen können, und zwar ohne Notwendigkeit einer Neuausschreibung des Wettbewerbs.

Dass in der Präqualifikation kein Schaffhauser Team in die engere Auswahl kam, ist uns - wie bereits erwähnt - nicht leicht gefallen. Drei Hürden mussten in der Präqualifikation übersprungen werden: Projektentwicklung, Investor und

Architekturteam. Es handelte sich weder um Unwillen, noch um Misstrauen gegenüber Schaffhauser Investoren, aber ein Punkt wurde als nicht genügend beurteilt. “

Der **Ratspräsident Thomas Hauser (FDP)** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, EINTRETEN ist somit beschlossen.

## **DETAILBERATUNG**

Die **1. Vizepräsidentin Christa Flückiger (SP)** verliest die Seiten 1-9, die Anträge auf Seite 9 und 10 sowie die Beilagen wie folgt:

### **ANTRÄGE**

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. November 2007 betreffend Projektentwicklung Areal Bleiche, Landverkauf aufgrund des Zuschlagsentscheides im Investorenwettbewerb. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf des Areals Bleiche, bestehend aus einer Teilfläche von GB Nr. 1659 (ehemaliger Bushof, ca. 3'414 m<sup>2</sup>), einer Teilfläche von GB Nr. 5092 (heutiger Parkplatz unterhalb des BBZ, ca. 4'290 m<sup>2</sup>), einer Teilfläche von GB Nr. 5090 (vorderer Teil der Rollschemeanlage, ca. 2'114 m<sup>2</sup>) und einer Teilfläche von GB Nr. 4130 (Mühlentalstrasse, ca. 476 m<sup>2</sup>) an die Karl Steiner AG, Hagenholzstrasse 60, 8050 Zürich, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 6. November 2007 genannten Bedingungen zu. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Wortmeldung von Christoph Schlatter (SP):

Der Votant stellt keinen Gegenantrag in Umwandlung in eine Abgabe im Baurecht, sondern weist nochmals explizit darauf hin, weshalb ein Teil seiner Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen wird. Die Kritik richtet sich alleine gegen den Verkauf, nicht gegen das Projekt.

3. Der Erlös aus dem Verkauf des Areals Bleiche wird dem Rahmenkredit für Land- und Liegenschaftenerwerb gutgeschrieben. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von den als Folge des Landverkaufs erforderlichen Zonenplananpassungen entlang der Hintersteig, der Spitalstrasse und der Mühlentalstrasse gemäss Auflistung in der Vorlage des Stadtrates vom 6. November 2007 und ermächtigt den Stadtrat im Sinne von Art. 3 Abs. 7 der Bauordnung, die notwendigen Zonenplanänderungen vorzunehmen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

## **SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat heisst die VdSR Projektentwicklung Areal Bleiche, Landverkauf aufgrund des Zuschlagsentscheides im Investorenwettbewerb vom 6. November 2007 mit 33 : 8 Stimmen gut.

**Das Geschäft ist erledigt.**

**Traktandum 2      Interpellation Martin Roost (parteilos, OeBS): Schulpolitik und Schulraumplanung**

---

**Martin Roost (parteilos, OeBS)****Begründung**

„Doch, eine gewisse Verwirrung und Verwunderung herrschte am letzten Dienstag, als uns ein Exemplar der fertigen Vorlage „Schulraumplanung 2008-2017“ in die Fraktionssitzungen gebracht wurde. Da wartet man drei Jahre auf die Vorlage, und zufällig erreicht sie uns wenige Tage vor der traktandierten Diskussion im Grossen Stadtrat.

In Absprache und auf Empfehlung unseres Ratspräsidenten begründe ich heute meine eingereichte Interpellation. In Anbetracht der soeben erhaltenen Schulraumvorlage kann meiner Ansicht nach, sofern Sie es nicht anders wünschen, aber auf eine inhaltliche Diskussion verzichtet und in der SPK Schulraumplanung geführt werden.

Schule bewegt. Dieses Motto ist derzeit an vielen Schulen aktuell, denn Bewegung soll mithelfen, unsere Kinder wieder fit zu trimmen. Schulpolitik bewegt auch, nur habe ich hier in Schaffhausen das Gefühl, es gehe langsamer und vor allem unentschlossener.

Sowohl als Elternteil, wie auch als Grossstadtrat bin ich gespannt auf die neuesten Entwicklungen im Bereich Schule. Seit Monaten, ja sogar Jahren, warten wir auf Grundsatzentscheide im städtischen Schulbereich. Sowohl bei der öffentlichen Infoveranstaltung zu PASS, wie auch bei der Beratung der Vorlagen International School und NASPO wurde von verschiedenen Referenten auf die fehlende Schulraumplanung hingewiesen.

Irgendwie kommt mir die stadträtliche Schulpolitik so vor, wie das Spiel einer Fussballmannschaft, die seit dem Anpfiff ein 0 : 0 halten möchte, um ja nicht zu verlieren, und froh wäre, wenn das Spiel endlich abgepfiffen würde. Und liebe Fussballkennerinnen und -kenner, Sie wissen es sicherlich, häufig endet diese ängstliche und abwartende Spielweise mit unschönen Publikumsäusserungen.

Natürlich kann man diese Unentschlossenheit mit der Revision des kantonalen Schulgesetzes entschuldigen. Aber im städtischen Schulbereich wird seit vielen Jahren alles mit dem neuen Schulgesetz entschuldigt.

Geprägt von der Erkenntnis, dass gewichtige Reformprojekte vom Schaffhauser Souverän in den letzten Jahren auch verworfen wurden, denken wir an die Zentralisierung des Steuerwesens, muss bei einer so komplexen und umfangreichen Gesetzesrevision auch mit einem Scheitern gerechnet werden und deshalb ist es umso wichtiger auch alternative Szenarien anzudenken.

Mit den ersten beiden Fragen der Interpellation, wollte ich erfahren, wie der Stadtrat das weitere Vorgehen in Sachen Schulleitungen sieht. Hier möchte ich Stadtschulratspräsident Urs Hunziker für die prompte öffentliche Antwort in den Schaffhauser Nachrichten danken, nur sechs Tage nach dem Einreichen meiner Anliegen. Ich zitiere: *„Dementsprechend hat sich der Stadtschulrat zum Ziel gesetzt, ab Sommer 2009 Schulleitungen an allen städtischen Schulen einzuführen. Er hofft, dass bis zu diesem Zeitpunkt die kantonalen gesetzlichen Grundlagen in Kraft gesetzt sind; andernfalls müsste eine separate Lösung für die Stadt angestrebt und durch eine Volksabstimmung bewilligt werden.“*

Das Jahr 2009 ist politisch schon sehr nahe. Die finanziellen Konsequenzen dieses Entscheides müssen deshalb zwingend im diesjährigen Budgetprozess der Stadt Schaffhausen eingebunden werden. Und ich könnte mir vorstellen, da kommt kurzfristig ein recht grosser finanzieller Brocken auf uns zu.

SR Urs Hunziker; erlauben Sie mir zwei Zusatzfragen:

1. Hätten wir heute überhaupt genügend ausgebildete Schulleiterinnen und Schulleiter in der Stadt Schaffhausen, damit Sie nächstes Jahr flächendeckend diese einsetzen könnten?
2. Ich könnte mir vorstellen, dass zahlreiche Schulhäuser auch 2009 baulich noch nicht bereit sein werden, um Schulleitungen zu beherbergen. Was gedenken Sie hier zu tun?

Vor vier Jahren hat dieser Rat über die Verlängerung des TAGS-Schulversuchs in der Stadt Schaffhausen diskutiert und entschieden, einen ursprünglich auf fünf Jahre befristeten Versuch um weitere fünf Jahre zu verlängern. Bei den damals besprochenen Vorlagen ging es um Eventualkredite, die längstens bis 2008/2009 verlängert werden können; dies darum, weil die Finanzkompetenz des Grossen Stadtrates nach dieser Zeit überschritten sein wird.

Ich möchte ein kurzes Statement von unserem jetzigen Ratspräsidenten Thomas Hauser aus dem damaligen Protokoll der Ratsitzung zitieren: *„Versuchsphasen, die ursprünglich auf fünf Jahre fixiert worden sind, würden somit auf 10 Jahre verlängert, was politisch unsauber sei und dem dürfe nicht zugestimmt werden.“*

Die Mehrheit des Rates folgte nicht Thomas Hauser, sondern dem Stadtrat. Hauptargument war damals, dass die gesetzlichen Grundlagen bald da sein würden (es sprachen alle vom Jahr 2005 oder 2006), dann könne man richtig entscheiden. Nun, wie Sie wissen, sind die rechtlichen Grundlagen auch heute noch nicht da. Und ich zweifle je länger je mehr, wenn man die politische Diskussion im Grossen Rat mitverfolgt, dass das neue Schulgesetz nächstes Jahr beschlossene Sache sein wird.

Dies ist für mich ein entscheidender Punkt in der ganzen Angelegenheit. Und hier erwarte ich eine klare Aussage des Schulreferenten: Würden die rechtlichen Grundlagen des jetzig gültigen Schulgesetzes überhaupt genügen, um weiterhin solch autonome Schulleitungen zu gewährleisten? Oder wird die Stadt gezwungen die schulische Autonomie wieder preiszugeben?

Falls eine separate Volksabstimmung in der Stadt nötig wird, würde ich empfehlen, diese so bald wie möglich aufzugleisen.

Und jetzt nochmals zurück zum Fussball: Ich bin überzeugt, das Publikum würde sich darüber freuen, wenn in Zukunft wieder attraktiver und dynamischer Fussball gespielt würde. Lieber wieder einmal einen Steilpass spielen, als das ewige Querpassspiel im Mittelfeld. Dies gilt auch für die Schulpolitik. “

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, stellt fest, dass die Antwort des Stadtrates in Form einer Vorlage bereits vorliegt. Die Interpellation beinhaltet jedoch interessante Fragen, die in der Vorlage nicht unbedingt beantwortet werden. Deshalb musste die Interpellation begründet werden.

**SR Urs Hunziker****Stellungnahme SR**

”Die massiven Anschuldigungen an die Adresse des Schulreferenten dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Ich werde mich auf die wichtigsten Punkte beschränken, vor allem, was die Fragen des Interpellanten zur Schulpolitik anbelangt.

Im ersten Teil seiner Interpellation vom 14.08.07 weist der Interpellant auf die noch als Übergangslösung geführten teilautonom geleiteten Schulen hin und bemängelt, dass die Frage einer definitiven Installation geleiteter Schulen noch nicht gelöst sei. Er schreibt - ich zitiere: *”Es ist auffallend, wie man sich bei vielen schulrelevanten Themen hinter der Revision des kantonalen Schulgesetzes versteckt.”* Roost spricht in seinem Votum von einem Steilpass. Dieser wurde im Zusammenhang mit Themen wie Schulentwicklung und Einführung geleiteter Schulen dem Parlament bereits zugespielt. Darauf möchte ich genauer eintreten.

Der Interpellant und seine Mitunterzeichner seien an dieser Stelle daran erinnert, dass Stadtrat und Stadtschulrat dem Grossen Stadtrat im Juli 2004 eine Vorlage zur Strukturreform des Stadtschulrates vorgelegt haben, welche als wesentlichsten Teil die Einführung von Schulleitungen beinhaltete und die daraus resultierenden finanziellen Konsequenzen für die Stadt vor, beziehungsweise nach Einführung des neuen Schulgesetzes aufzeigte.

Die eingesetzte SPK beschloss, die Vorlage lediglich als Orientierungsvorlage einzureichen, war sich aber einig darüber, dass mit der Einführung geleiteter Schulen bis zum Vorliegen der notwendigen gesetzlichen Grundlagen zugewartet werden solle; dies insbesondere angesichts der Tatsache, dass ein Alleingang der Stadt - ohne Beteiligung des Kantons - jährliche Mehrkosten von gut Fr. 700'000.-- zur Folge gehabt hätte.

Mit Beteiligung des Kantons hätte die Stadt mit der Einführung geleiteter Schulen nach damaligem Wissensstand Mehrkosten von Fr. 60'000.-- gegenüber dem Ist-Zustand zu gewärtigen gehabt. 2004 wäre es ein Leichtes gewesen, diese Vorlage dem GrSR mit den Mehrkosten der Einführung von Schulleitungen zu überweisen.

Die SPK des Kantonsrates, welche das neue Bildungs- und Schulgesetz vorberaten hat, hat die Arbeit abgeschlossen. Sie haben bemerkt, dass die Verhandlungen im Grossen Rat zurzeit etwas harzig laufen und dass man sich seitens des Schulreferates Alternativszenarien überlegen müsse, welche wir uns bereits überlegt haben.

Sollte sich abzeichnen, dass nicht vor Sommer 2009 mit einer Inkraftsetzung des neuen Gesetzes oder einer Übergangsregelung gerechnet werden kann, werden wir seitens der Stadt mit einer Vorlage zu „Einführung von Schulleitungen“ an den Grossen Stadtrat gelangen müssen; dies deshalb, weil die von diesem Rat bewilligten Gelder für die teilautonom geleiteten Schulen auf Ende des Schuljahres 2008/2009 auslaufen werden. Bei Ablehnung erfolgt ein Rückfall zum “alten System” und die Schulen werden weiterhin nach alter Form von Vorsteherinnen und Vorstehern geleitet.

Da der Grosse Stadtrat seinerzeit seine Finanzkompetenzen für die drei Projekte bereits ausgeschöpft hatte, würde eine Vorlage zur gesamthafter Einführung geleiteter Schulen eine Volksabstimmung nach sich ziehen. Deshalb hofft der Stadtrat, dass bis Sommer 2009 die gesetzlichen Grundlagen seitens des Kantons zur Einsetzung von Schulleitungen bereit sein werden. Aber wie gesagt, wir werden

Alternativen vorlegen.

Zu den vom Interpellanten in der Begründung gestellten Fragen:

*Frage 1: Anzahl der ausgebildeten Schulleiterinnen und Schulleiter*

In diesem Punkt müssen wir Gas mit den Einführungsvorbereitungen geben. Wenn ich heute eine Schulleiterin/Schulleiter-Stelle ausschreibe, erhalte ich rund 10 Bewerbungen, von denen drei oder vier in die engere Wahl kommen. Tatsächlich verfügt aber nur eine Bewerberin/ein Bewerber über eine bereits abgeschlossene Schulleiter-Ausbildung. Es ist uns ein Anliegen, diesen Sommer bereits künftige Schulleiterinnen und Schulleiter zu bestimmen, damit sie die entsprechende Ausbildung absolvieren können. In früheren Jahren hat der Stadtschulrat gewissermassen auf Vorrat Schulleiterinnen/Schulleiter ausgebildet. Damals verfügten wir über eine genügende Anzahl, mit dem Erfolg oder dem Effekt, dass diese in andere Jobs abgesprungen sind. Daher entschied der Stadtschulrat vor einigen Jahren, vorerst keine weiteren Lehrpersonen mehr auszubilden. Trotzdem verfügen wir über eine gewisse Anzahl qualifizierter Schulleiterinnen/Schulleiter, von denen ich hoffe, dass sie uns zur Verfügung stehen werden. Ich werde auf diese Thematik später nochmals zurückkommen.

*Frage 2: Vorhandensein von Räumlichkeiten für Schulleitungen*

Darauf komme ich bei der Beantwortung der Frage 2 in der Interpellation zurück.

Ich erlaube mir, mich auf die schulpolitischen Teile der Interpellation zu beschränken und lasse alles, was zum Thema Schulraumplanung gefragt wurde, weg. Für sämtliche schulraumtechnischen Belange besteht im Rahmen der SPK-Beratungen zur Schulraumplanung genügend Gelegenheit, darüber zu diskutieren.

*1. Welche Schul(-leitungs)modelle gedenkt der Stadtrat ab dem Schuljahr 2009/2010 zu führen, falls das neue kantonale Schulgesetz vom Volk abgelehnt wird oder noch nicht zur Abstimmung gelangt ist?*

Die Art des Schulleitungsmodells ist unabhängig davon, ob das neue Schulgesetz angenommen wird oder nicht: Im Prinzip wird das an den drei TAGS-Schulen etablierte Modell auf alle Schulen übertragen. Dazu wird das bisherige, bereits mehrfach überarbeitete TAGS-Statut erneut angepasst. Zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben werden die Schulleitungen neu für die Qualifikation der Lehrpersonen zuständig sein, was eine weitere Veränderung im Schulwesen impliziert, da dies bei den bisherigen Versuchsschulen nicht der Fall war. Die im Jahr 2000 erheblich erklärte Motion von Raphael Rohner wird damit ebenfalls beantwortet werden können. Dann werden sich auch die Aufgaben des Stadtschulrates drastisch verändern.

*2. Wäre es nicht sinnvoll den bald 9-jährigen Schulversuch "TAGS" zu beenden und zum einen in den drei betreffenden Schulen definitiv Schulleitungen zu installieren und in den restlichen Schulen Schulleitungen aufzugleisen?*

Wie bereits einleitend erwähnt, gedenken Stadtrat und Stadtschulrat Schulleitungen gesamtstädtisch einzuführen. Dabei gehen wir davon aus, dass Schulleitungspensen von mindestens 70% erforderlich sind, um eine effiziente Arbeit zu gewährleisten. Diese Bedingung erfüllen die bisherigen Schulleitungen nicht (Besetzung mit lediglich 40%), weshalb eine gesamtstädtische Einführung mit einer neuen Aufteilung in städtische Schulleitungskreise erforderlich sein wird. Es wird nicht so sein, dass die bisherigen drei TAGS-Schulen weiterlaufen werden, sondern es werden

Schulzusammenführungen in Schulleitungskreise stattfinden, um sinnvolle Schulleitungspensen zu ermöglichen, und dies relativiert zumindest teilweise Ihre Frage, ob genügend Schulleiterinnen/Schulleiter rekrutiert werden können.

Dabei zeigt sich wiederum die nicht ausser Acht zu lassende Verknüpfung mit dem Schulgesetz: Sollten - wie im Entwurf geplant - alle Schulen des Kantons in Zweckverbänden ausreichender Grösse organisiert werden, hätte dies nicht unerhebliche Folgen für die städtische Planung. Es ist davon auszugehen, dass die Stadt zusammen mit den umliegenden Gemeinden einen Zweckverband gründen würde. Dies wiederum hätte Einfluss auf die Bildung der städtischen Schulleitungskreise: Zu einem Schulleitungskreis Buchthalen könnte zum Beispiel noch die Schule Dörflingen dazu kommen, was bedeuten würde, dass eine Schulleitung Buchthalen mit einem eigenen Schulleiter versehen werden könnte. Wenn die geplanten Zweckverbände nicht zustande kommen sollten, würde sich in der Stadt eine andere Aufteilung der Schulleitungskreise ergeben.

Damit komme ich zur dritten von Martin Roost gestellten Frage:

*3. Können nach den jetzigen gesetzlichen Grundlagen überhaupt gesamthaft geleitete Schulen eingeführt werden?*

Selbstverständlich können wir dies, aber mit der Einschränkung, dass sich der Kanton nicht in dem Mass, wie im neuen Schulgesetz vorgesehen an den Entschädigungen der Schulleitungen beteiligen wird. Andere Gemeinden sind uns einen Schritt voraus und haben Schulleitungen bereits eingeführt, wie beispielsweise Thayngen und Neuhausen.

Ich erlaube mir, auf eine Beantwortung der weiteren Fragen zu verzichten und möchte eine Kurzinformation zum Rheinschulhaus und Kirchhofplatz anfügen. Aus meiner Sicht ist darüber im Pressebericht über die Schulraumplanung nicht ganz nach meinem Wunsch berichtet worden.

Die ursprüngliche Absicht des Stadtrates, das Rheinschulhaus für die Unterbringung des 10. Schuljahres bereit zu stellen, hat sich zerschlagen, nachdem der Kanton beschlossen hat, diese Brückenangebote ab Sommer 2008 unter eigener Ägide zu führen. Zwischenzeitlich konnten jedoch Teile des Schulhauses an die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins vermietet, Verhandlungen mit weiteren Interessenten laufen ebenfalls. Das Rheinschulhaus hat verschiedene entscheidende Probleme wie eine schlechte Lage, keinen Pausenplatz und keine Turnhalle in sinnvoller Distanz.

Im Kirchhofplatz-Schulhaus sind die Mädchen-Werkklassen sowie das Kurswesen der SHPL untergebracht. Ab Sommer 2008 wird voraussichtlich zusätzlich eine Deutsch-Intensiv-Klasse im Kirchhofplatz-Schulhaus untergebracht werden, unter der Voraussetzung, dass diese Kurse überhaupt noch gebraucht werden. Sollte die Überprüfung des Kurs-Angebotes der SHPL ergeben, dass künftig darauf verzichtet werden soll, entstünden hier freie Kapazitäten.

Das Kirchhofplatz-Schulhaus hat ein ähnliches Problem wie das Rheinschulhaus, nämlich keinen Pausenplatz. Abklärungen, einen solchen zu errichten, haben ergeben, dass diese Möglichkeit erst bestehen würde, wenn das alte Feuerwehrmagazin abgebrochen und die Parkplätze zwischen Feuerwehrmagazin und Schulhaus aufgehoben würden. Die Eignung als Schulhaus ist somit stark eingeschränkt, die einst angedachte Nutzung als Primarschulhaus wurde

dementsprechend nicht mehr weiter verfolgt. Solange das Kursangebot der SHPL sowie die Mädchen-Werkklassen weiterhin bestehen, werden wir dieses Schulhaus auch weiter nutzen. “

Der **Ratspräsident** fragt, ob der Rat zu den **schulpolitischen Inhalten** der Interpellation eine Diskussion wünscht.

Der Grosse Stadtrat heisst eine Diskussion mit **24 : 7 Stimmen** gut.

### **Kurt Zubler (SP)**

### **Votum**

”Die Strategie der Schulentwicklung in der Stadt Schaffhausen lautet mindestens seit 2004: Warten, bis das Schulgesetz kommt, Stagnation und Stillstand. SR Urs Hunziker hat uns gesagt, wir seien selbst schuld, da wir die Vorlage “Strukturreform Stadtschulrat” nicht diskutiert und überwiesen hätten. Es ist ebenfalls erwähnt worden, dass der (immer noch) verschobene Ansatz - Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes auf 01.08.07 - Grundlage dieser Vorlage war. Es wäre meines Erachtens Aufgabe des Schulreferenten und des Schulrates gewesen, dieses Thema aufzunehmen und trotzdem vorwärts zu machen. In der Zwischenzeit haben uns etliche Gemeinden überholt und laufend eingeführt, was die Stadt pionierhaft begonnen hatte.

Es geht jedoch nicht nur um die Schulleitung, sondern auch um die integrative Schulform, von der wir wissen, dass sie eingeführt wird. Mehr als die Hälfte aller Gemeinden im Kanton haben diese Schulform bereits eingeführt. Soeben habe ich gelesen, dass der Gemeinderat von Neunkirch die Einführung der integrativen Schulform auf das Jahr 2008/2009 beabsichtigt.

In Schaffhausen haben wir seit 1992 mit dem Schulhaus Steingut ein Pionierprojekt, verschiedene weitere Schulen erklärten ebenfalls ihre Bereitschaft zur Einführung, da eine flächendeckende Einführung sowieso bevorsteht. Es wäre wichtig, diese Einführung *schrittweise* vorzunehmen, weil eine flächendeckende Gesamteinführung das Risiko einer Überforderung unnötig erhöht. Ich verstehe daher nicht, warum Stillstand und Abwarten herrscht. Ich möchte den Schulreferenten dringend darum bitten, aktiv eine Vorlage auf den Zeitpunkt des Ablaufes der drei TAGS-Projektverlängerungen zu erarbeiten, damit eine definitive Einführung beschlossen werden kann.

Es stört mich sehr, dass ich aus der Presse über die Vorlage erfahren musste *bevor* ich diese selbst erhalten habe - und zwar nicht nur als Grossstadtrat, sondern auch als Vater mit Kindern im GEGA-Schulhaus, dessen Primarschule in den Emmersberg dislozieren soll und vor allem auch in der Annahme, dass die Lehrerschaft ebenfalls aus der Presse erste Informationen erfahren musste. Auch störte mich, dass unser Interpellant an der diese Woche stattgefundenen Lehrerveranstaltung als einziger Grossstadtrat eingeladen war. Ich finde, dies passt zum ganzen System und möchte mich für einen Systemwechsel aussprechen. “

### **Christa Flückiger (SP)**

### **Votum**

”Kurt Zubler hat bereits erwähnt, dass in diesem Bereich grosser Nachholbedarf besteht und dass uns umliegende Gemeinden schon längst überholt haben. Angesprochen auf gewisse Mängel in der Schulpolitik der Stadt verwies uns der

zuständige Stadtrat mehrfach auf das Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes. Die Finanzen waren dabei ein Thema, der Kanton unterstütze erst, wenn gesetzlich alles unter Dach und Fach sei, ein Argument, das uns nur teilweise überzeugt.

Auch umliegende Gemeinden waren mit dieser Tatsache konfrontiert. Sie aber signalisierten Mut und Verantwortung und handelten. Als Gemeinde kann man auch mehr tun, es kostet die Kommune halt entsprechend. Im Hinblick auf das neue Schulgesetz sind sie aber bei einer Annahme desselben bereit für die Umsetzungen.

Da sind wir in der Stadt Schaffhausen noch weit entfernt. Wir wissen alle, dass wir nur schrittweise aufbauen können. Reformen können nicht wie Pilze aus dem Boden schießen. Eine sorgfältige Planung und Einführung braucht Zeit, Erfahrung und vor allem gute Führung. So verstehe ich zum Beispiel nicht, warum eine Stelle für eine Schulleitung gleich ausgeschrieben wird, wie sie bereits bestand. Gerade jetzt würde sich die Chance ergeben, zukunftsorientiert zu planen und gezielt weitere Schulhäuser in eine Schulleitung aufzunehmen.

Oder ein anderes Beispiel: Seit 1983 - seit der Einführung des jetzt gültigen Schulgesetzes - wird die Zusammenführung der Orientierungsstufen verlangt, bis heute wird und wurde diese nicht vollzogen.

Ich bin mir bewusst, dass dies alles sehr viel Geld kostet. Doch ohne gute Schulen, ohne gute Bildungsangebote und ohne viel Engagement und Offenheit für ein gutes Schulangebot werden wir Mühe haben, junge Familien in die Stadt Schaffhausen rekrutieren zu können. Infrastrukturen, ausgezeichneter Ruf und ein umfassendes Konzept verhelfen uns zu einem guten Standort auf allen Ebenen. Schulraumplanung, Schulpolitik und Vernetzungsangebote müssen ins beste Licht gerückt werden, um erfolgreich und anziehend zu wirken.

Wir haben die Zeit nicht, um noch weiter zu warten. Handeln ist jetzt angesagt, Schritte müssen im Hinblick auf eine zukunftsorientierte, sehr gute öffentliche Schule in der Stadt Schaffhausen unternommen werden.

Diese offenen Fragen zur Schulraumplanung, aber auch zur Schulpolitik müssen mit grosser Medienpräsenz dargelegt werden, damit wir auch beim Volk, sprich bei der Volksabstimmung gute Chancen haben, die gesetzlich vorgeschriebenen Massnahmen gut umsetzen zu können. Trotz sinkender Schülerzahlen werden wir sehr hohe Ausgaben haben, die unbedingt bewilligt werden müssen, wollen wir nicht wieder ins Mittelalter zurückfallen. "

### **SR Urs Hunziker**

### **Stellungnahme**

"Zuerst komme ich auf das Votum von Kurt Zubler (SP) zu sprechen. Er bemängelt eine fehlende Strategie. Ich möchte dazu nochmals darauf hinweisen, dass wir bereits 2004 aufgezeigt haben, wie wir mit geleiteten Schulen umgehen könnten. Wenn damals die Gelder gesprochen worden wären, wären wir bereit gewesen, und sind es auch heute noch. Geleitete Schulen alleine machen keine Strategie aus. Die Stadt Schaffhausen hat für den ganzen Kanton eine gewisse Schneepflugwirkung gehabt. Ich denke vor allem an die Einführung der musikalischen Grundschule und an die Miniblockzeiten, die danach kantonsweit mit der Einführung der Blockzeiten institutionalisiert wurden. So strategielos sind wir also in dieser Stadt doch wieder nicht.

Zum Thema geleitete Schulen möchte ich zusätzlich Folgendes anbringen: Vor 2004 haben wir immer wieder Lehrpersonen in diese Planung involviert und feststellen müssen, dass gegenüber geleiteten Schulen grosse Vorbehalte angeführt wurden. Zwischenzeitlich haben sich diese Fronten aufgeweicht und heute ist der Zeitpunkt der Einführung geleiteter Schulen der richtige. Einige der klassischen Vorsteherinnen und Vorsteher haben die Schulleiterausbildung auf privater Basis absolviert und dürfen erfreut feststellen, dass sich einige unserer Schulen zwar auf dem Papier noch nicht geleitete Schulen nennen dürfen, aber die Kompetenzen und Führungsqualitäten dieser Personen denen einer geleiteten Schule in nichts nachstehen. Diese Kolleginnen und Kollegen sind hervorragende Wegbereiter für eine Gesamteinführung und haben das Feld geebnet.

Unter integrativer Schulform versteht man die Integration der jetzt noch in Sonderklassen unterrichteten Kinder in Normalklassen, aber unter Bezug schulischer Heilpädagogik. Diese Schulungsform ist nicht ganz unumstritten wie Kurt Zubler gesagt hat. Selbst unter den Heilpädagogen gibt es vehemente Befürworter und ebenso vehemente Gegner. Das neue Schulgesetz sieht die definitive Einführung der integrativen Schulform vor. Selbst der Schulrat ist zweigeteilt, ich bin kein uneingeschränkter Befürworter der integrativen Schulungsform. Wir werden uns einer gesamtkantonalen Einführung allerdings nicht entziehen können und müssen die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten an die Hand nehmen. Der Stadtschulrat hat an seiner Klausurtagung im vergangenen August die Einführung der geleiteten Schulen zuerst angesetzt, danach können wir die integrative Schulungsform einrichten.

Über den *Zeitpunkt* der Berichterstattung in der Presse bin ich nicht glücklich - Robin Blanck möge mir dies verzeihen, inhaltlich ist jedoch alles bestens. Damit die Vorlage zugewiesen werden kann, haben wir diese bereits eine Woche früher den Büromitgliedern des Grossen Stadtrates zugestellt. Der Versand an die Grossstadträtinnen und -räte ist so terminiert worden, dass sie diese am vergangenen Montag, 18. Februar 08 erhielten. Damit war sie öffentlich, damit hätte sie auch die Presse bekommen. Der Hauptgrund lag darin, dass für den 18.02.08 eine Lehrerinformation angesetzt war. Martin Roost hat mich angefragt, ob er an dieser Veranstaltung teilnehmen könne. Jeder anderen Anfrage seitens einer Parlamentarierin oder eines Parlamentariers wäre ebenfalls zugestimmt worden.

Zum Votum von Christa Flückiger (SP):

Alle Schulgemeinden, die bereits geleitete Schulen einführt haben, sind kleiner wie Schaffhausen. Dies hat einen Nebeneffekt, denn diese Schulleiter übernehmen teilweise Aufgaben, die in der Stadt das Schulamt macht; es sind also keine Schulleiter wie wir dies verstehen. Zur Schulleiterauswahl: Wir können ohne eine städtische gesetzliche Grundlage anstelle dieser gekündigten 40%-Stelle kein 70%-Pensum ausschreiben und ein weiteres Schulhaus dazu nehmen.

Das Schulgesetz von 1982/83 fordert die Orientierungsschulen unter einem Dach, was nicht einfach zu erfüllen ist. In unserer Vorlage Schulraumplanung ist diese Forderung explizit enthalten und wird markante Veränderungen mit sich bringen. Die Primar- und Orientierungsschulen sollen entflochten werden, was meiner Ansicht nach zu einem der grössten Kritikpunkte führen wird, weil man mit Fug und Recht für die eine oder andere Meinung einstehen kann. “

**Martin Roost (OeBS, parteilos)****Schlusswort**

„Ich danke SR Urs Hunziker, dass ich gestern freundlicherweise an der wirklich guten und interessanten Diskussion teilnehmen konnte.“

Ich möchte Stellung nehmen zum ersten Satz, den SR Urs Hunziker in seiner Stellungnahme an mich bezüglich meiner massiven Vorwürfe adressiert hat. Es sind meiner Ansicht nach keine sehr massiven Vorwürfe, sondern es ist meine Aufgabe als Parlamentarier, ein paar „böse Worte“ über den zeitlichen Ablauf zu formulieren, wenn eine Beantwortung einer Kleinen Anfrage 10 Monate dauert, dort ein Termin für die Vorlage der Schulraumplanung bis Mitte letzten Jahres versprochen wurde, welcher anschliessend in der Quartierzeitung des Breite-Quartiers auf den Herbst verzögert wurde und die Vorlage im Januar 2008 endlich vorliegt.“

**SR Urs Hunziker****Schlusswort**

„Ich halte mich sehr kurz: Auf die Beantwortung der Fragen zur Schulraumplanung habe ich verzichtet, trotzdem möchte ich zum zeitlichen Ablauf etwas sagen. Sie werfen dem Schulreferenten vor, das Rad würde sich langsam drehen. Es hat dort aber nur Fachleute, die pädagogische Anforderungen an eine Schulraumplanung definieren können, aber wir verfügen über keine Baufachleute. Die vorliegende Vorlage musste in enger Zusammenarbeit mit dem Baureferat erarbeitet werden. Sie erwähnen in Ihrer Interpellation die Ist-/Sollanalyse, die tatsächlich bereits Ende 2005 abgeschlossen war. Diese Analyse bestand darin, dass das Schulreferat für alle Kindergärten und Schulgebäude ermittelt hat, welche Ausbauschritte für eine qualitative Schulraumentwicklung notwendig sein würden. Aber damit waren nur die Grundlagen für das Baureferat zur Einleitung der Bauplanungsschritte ermittelt. Sämtliche Umsetzungsschritte für die Forderungen der Schule und deren Kosten wurden für jede städtische Schulanlage in minutiöser Kleinarbeit erarbeitet und entsprechende Lösungsmöglichkeiten skizziert. Dies benötigt viel Zeit und kann nicht von heute auf morgen geschehen. Ich bitte Sie um Verständnis dafür.“

**Traktandum 3****Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung****Edgar Zehnder (SVP)****Begründung**

„Es freut mich, dass der städtische Wirtschaftsförderer, Kurt Baader, heute Abend ebenfalls anwesend ist. Am 04.09.07 erwähnte ich im Zusammenhang mit meiner Motion „Mehrnutzen durch Neuansiedlungen“, dass man die städtische Wirtschaftsförderung kaum kennt, ebenso wenig hört und liest man über Erfolge dieser Institution. Zumindestens ist mir nichts aufgefallen. Die angreifigen Äusserungen des Stadtpräsidenten - vor allem auch ausserhalb dieses Ratssaales - bewogen mich, die vorliegende Interpellation „Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung“ einzureichen.“

Wir alle kennen den Ausdruck „Hunde, die bellen, beißen nicht“. Ich hoffe, dass der Stadtpräsident nur kurz gebellt hat. Die Interpellation wurde meinerseits ohne Vorwurf oder Argwohn gemacht. Es soll auch kein Angriff auf Personen stattfinden, weder auf die Wirtschaftsförderer, noch auf den Stadtrat, sondern ein reiner Informationsaustausch.

Meine Fragen sind rein informativ und sollen uns Ratsmitgliedern und der

städtischen Bevölkerung Aufschluss über die Organisation der städtischen Wirtschaftsförderung geben, über deren Aktivitäten und den finanziellen Aufwand - und den finanziellen Erfolg. Ich hoffe, der Stadtrat nutzt die Gelegenheit, uns die Vorzüge dieser städtischen Wirtschaftsförderung näher zu bringen und uns aufzeigen, dass es sich weiterhin lohnt, die laufend bereit gestellten Gelder in diese Organisation zu investieren.

Ich bin heute auch sicher, dass jedes anwesende Parlamentsmitglied weiss, dass es neben der kantonalen auch eine städtische Wirtschaftsförderung gibt. Ich wünsche mir aber auch, dass wir nach der Beantwortung der Fragen nicht nur etwas darüber erfahren haben, sondern dass vor allem die Stadtkasse davon etwas Positives zu spüren bekommt und bin gespannt auf die Antwort des Stadtrates. “

**Marcel Wenger (Stadtpräsident)**

**Stellungnahme**

”Ich habe mich selten in der Rolle eines bellenden Hundes befunden, kann Ihnen aber versichern, dass ich nicht beißen werde; das liegt nicht in meiner Natur.

Allerdings gebe ich freimütig zu, mich schon etwas geärgert zu haben. Anlässlich der Begründung seiner Motion “Mehrnutzen durch Neuansiedlungen” an der Ratssitzung des Grossen Stadtrates am 04.09.07 machte der Interpellant die folgende auf Seite 272/73 protokollierte Bemerkung:

*”Seit zehn Jahren profitieren wir in der Stadt von der hervorragenden kantonalen Wirtschaftsförderung, die städtische soll es zwar auch geben, ist für mich aber eher inexistent. Seit 10 Jahren verschwinden die zusätzlichen Mehreinnahmen von juristischen Neuansiedlungen im laufenden Budgetprozess ...”* und anschliessend folgte ein Wechsel Richtung SR Veronika Heller, die ebenfalls Fragen zu beantworten hatte.

Diese Aussage des damaligen Motionärs verkennt, dass die kantonale Wirtschaftsförderung mit einem Budget von insgesamt Fr. 2,75 Mio. gemäss ihrem gesetzlichen Auftrag nicht nur für die Stadt Schaffhausen als möglichem Standort für Neuansiedlungen arbeitet, sondern generell für das ganze Kantonsgebiet. Dass die Stadt Schaffhausen mit rund 50% der Wohnbevölkerung des Kantons und der grössten Industrie- und Dienstleistungsfläche sowie der besten Verkehrsanbindung auf Schiene und Strasse dabei als wichtiger Ansiedlungsstandort neben den Gemeinden Thayngen, Neuhausen und Beringen in Frage kommt, ist deshalb ganz natürlich und hat mit den wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten weit mehr zu tun als mit irgendeinem Profit, den wir daraus ziehen würden.

Notabene trägt die Stadt als stärkste Steuerquelle auch für die Kantonssteuern mit ihrer Steuerkraft proportional am meisten zur Finanzierung dieser gesamtkantonalen Aufgabe bei. Sowohl der gesetzliche Auftrag als auch der Steuerbeitrag der Stadt lassen demzufolge die Darstellung einer von der kantonalen Wirtschaftsförderung profitierenden Stadt als nicht korrekt, um nicht zu sagen völlig deplatziert erscheinen. Es ist schliesslich auch die Stadt, welche die Infrastrukturlasten der Industrie-Erschliessung und der Verkehrsanlagen trägt. Die dafür erbrachten Investitionen und die damit erarbeiteten Steuermittel tragen zur gesamtkantonalen Wirtschaftsleistung bei. Dabei von “Profitieren” zu sprechen, geht an den eigentlichen Zusammenhängen der mit dem Wirtschaftsförderungsgesetz des Kantons Schaffhausen bewusst angestrebten Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton vorbei.

Vor allem hat mich auch geärgert, dass die Gegenüberstellung der "städtischen Wirtschaftsförderung" verzerrend war, welche unter der Budgetposition 8400.365.910 mit jährlichen rund Fr. 40'000.-- eigentlich "Beiträge zur städtischen Wirtschaftsförderung" heisst, und die der Motionär wohl nicht zuletzt deswegen als praktisch inexistent bezeichnete, weil es relativ wenig im Vergleich zum Betrag von Fr. 2,75 Mio. des Kantons ist.

Dies hat mich dazu veranlasst, den damaligen Motionär darauf hinzuweisen, dass hinter der städtischen Wirtschaftsförderung mehr steckt. Dies möchte ich Ihnen heute ausführen, so wie es der Interpellant ebenfalls gewünscht hat.

Es sind insgesamt vier Faktoren, die wir verfolgen und damit insbesondere Ansiedlungserfolge erzielen können:

#### 1. Boden- und Zonenpolitik

Ansiedlungen von Unternehmen im Dienstleistungs- und Produktionsbereich benötigen wachstumsfähige Standorte in der Industrie- und Gewerbezone und, wenn möglich, bereits bezugsfertige oder rasch umgestaltbare Immobilien. Darin fehlte es in Schaffhausen immer. Der Einsatz städtischer Landreserven durch Abgaben im Baurecht, der Kauf beziehungsweise Verkauf oder der Tausch geeigneter Liegenschaften oder die Vermittlung privater Angebote sind dabei die wichtigsten Instrumente der stadträtlichen Wirtschaftsförderung. GrSR Edgar Zehnder müsste dies eigentlich am besten wissen, denn er ist selber Mitglied dieses Rates, der immer wieder Baurecht und Verkäufe oder wichtige Landgeschäfte beraten muss. Dabei sind die Erwerbskompetenzen des Stadtrates beim Fr. 12 Mio.-Rahmenkredit für Land- und Liegenschaftenkäufe die wohl entscheidende Komponente. Hätte dies nicht umgesetzt werden können, wäre einige Baurechtsabgaben nicht zustande gekommen.

#### 2. Infrastrukturen

Eine erfolgreiche Standortpolitik benötigt leistungsfähige Strukturen bei der Strom-, Gas- und Wasserversorgung, leistungsfähige Entsorgungskapazitäten und je länger je mehr auch hochleistungsfähige Datentransportkapazitäten. Dank der Städtischen Werke, der SASAG und den modernisierten Entsorgungsbetrieben können wir ansiedlungswilligen Betrieben in kürzester Zeit Anschlussofferten bereitstellen und mit schweizweit vergleichsweise günstigen Leistungen aufwarten. Auch attraktive Nahverkehrssysteme sind dabei nicht zu unterschätzen.

#### 3. Steuern und Finanzen

Die im Wirtschaftsförderungsgesetz vorgesehene Möglichkeit, neu anzusiedelnde Betriebe in Abhängigkeit mit der Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze sowohl von den Kantons- als auch von den Gemeindesteuern befreien zu können und eine gute Versorgung des Wirtschaftsstandortes mit Finanzdienstleistungen sind eine dritte, sehr wichtige und standortrelevante Kategorie von Förderungsfaktoren. Sie verlangen nicht nur vom Regierungsrat, sondern auch von der Standortgemeinde Ermässigungsentscheide und die Überwachung der eingegangenen Leistungsvereinbarungen mit den Unternehmungen. Steuererleichterungen werden in Funktion der zu schaffenden Arbeitsplätze gewährt.

#### 4. Bildungs- und familienpolitisches Umfeld

Wenn die Ansiedlung international tätiger Unternehmen erfolgreich betrieben werden soll, ist das bildungs- und familienpolitische Umfeld den Bedürfnissen global tätiger Firmen anzupassen. Seit die Stadt Schaffhausen der International School

Schaffhausen (issh) zu tragbaren Konditionen den ersten Standort Mühlenstrasse 87 anbieten konnte, hat sich diese Schule sehr positiv entwickelt und ist für die Wohnsitznahme der Familien englischsprachiger Kaderangestellter im Raum Schaffhausen ein sehr wichtiges Argument.

Weil zahlreiche Entscheidträger internationaler Unternehmen, die auf der Suche nach einem Firmensitz in Europa sind, auch das bildungs- und familienpolitische Umfeld in ihre Überlegungen einbeziehen, sind auch Tagesschulen und/oder Hortaktivitäten letztlich Argumente, die einen positiven Ansiedlungsentscheid auslösen oder - bei Fehlen solcher Strukturen - verhindern. Ich denke in diesem Zusammenhang an den kürzlich eingereichten Vorstoss und bin sicher, dass dieses Thema nicht unter dem Titel "Lifestyle" abgehandelt werden kann. Jemand, der aus Norwegen, dem angelsächsischen Raum oder aus Amerika kommt, möchte diese Dienstleistungen auch in Europa antreffen, wenn man von einem globalisierten Standort ausgeht.

Jede städtische Aktivität in diesen vier Förderungsbereichen ist "städtische Wirtschaftsförderung" im besten Sinne und darauf ausgerichtet, der kantonalen Förderungsstelle jene materiellen Angebote zu unterbreiten, mit denen der Fr. 2,7 Mio-Betrieb auf dem internationalen Standortmarkt auftritt und möglichst attraktive Angebote unterbreitet. Das Verhältnis der Stadt zur kantonalen Wirtschaftsförderung ist deshalb auf die Erzielung möglichst grosser Synergieeffekte ausgerichtet. Städtischerseits steht dahinter wesentlich mehr als das, was unter der Position 8400 zu finden ist. Es ist die Gesamtheit des städtischen Dienstleistungsangebots in diesen vier Bereichen, wie eine Art Produkteentwicklung städtischer Verwaltungszweige, die in die Verkaufsofferte der kantonalen Wirtschaftsförderung einfließt.

Zu behaupten, die städtische Wirtschaftsförderung sei inexistent, geht an diesen auch vom Grossen Stadtrat mit seinen Baurechtsentscheiden mitgetragenen Leistungen quasi "grusslos" vorbei.

Dass es zur Koordination mit der kantonalen Wirtschaftsförderung und zur Bearbeitung spezieller Fragen seitens der Stadt einen städtischen Beauftragten gibt, geht auf das Jahr 1998 zurück, als der Stadtrat mit dem ehemaligen in Finanzierung und Risikobeurteilung erfahrenen UBS-Direktor Kurt Baader den Mandatsvertrag vom 19.08.98 abschloss. Ein Blick in seine Vereinbarung gibt Aufschluss auf die erste Frage des Interpellanten, die lautet :

#### *1. Was ist die Aufgabe der städtischen Wirtschaftsförderung?*

Der Stadtrat geht davon aus, dass das Pflichtenheft des städtischen Beauftragten gemeint ist, der in erster Linie die kantonale Wirtschaftsförderung in folgenden Bereichen entlasten oder ergänzen soll:

Beratung und Unterstützung von ansiedlungswilligen Firmen, beziehungsweise Unternehmerinnen und Unternehmern in Zusammenarbeit mit den zuständigen städtischen und kantonalen Stellen sowie bei Bedarf auch mit privaten Stellen

Beratung bestehender Unternehmen in Fragen der Unternehmensentwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit Ausbauplänen

Mitwirkung beim Standortmarketing und der Akquisition neuer Betriebe für den Wirtschaftsstandort Schaffhausen

Verantwortung für die Abgabe der Beratergutscheine zur Erstberatung von Jung- und Neuunternehmerinnen und -unternehmern

Koordination der städtischen Aktivitäten mit der kantonalen Wirtschaftsförderung  
Weitere Aufgaben gemäss Absprache mit dem Stadtpräsidenten

*2. Wie sieht das Pflichtenheft der städtischen Wirtschaftsförderung aus?*

- Fallbezogene Informationen an den Stadtpräsidenten bei bedeutenden Einzelgeschäften
- Monatlicher Kurzbericht über die wichtigsten Aktivitäten und Geschäfte sowie den geleisteten zeitlichen Aufwand an den Stadtpräsidenten.
- Jahresbericht zuhanden des Stadtrates und des Grossen Stadtrates per Ende Januar für den Geschäftsbericht Rubrik 8400, "Wirtschaftsförderung" (Geschäftsbericht 2006, Seite 191/192)

*3. Wie ist die städtische Wirtschaftsförderung organisiert?*

Der Beauftragte arbeitet auf Mandatsbasis. Er handelt für allfällige Mitarbeitende bzw. deren Instruktion eigenverantwortlich und ohne Kostenfolge für die Stadt, sofern dies über die vereinbarte Pauschale hinausgeht.

*4. Welche Verträge/Vereinbarungen bestehen im Zusammenhang mit der städtischen Wirtschaftsförderung mit der kantonalen Wirtschaftsförderung oder anderen Stellen und Privaten?*

Im Grundvertrag von 1998 ist die Zusammenarbeit mit der kantonalen Wirtschaftsförderung wie folgt geregelt:

Der Beauftragte arbeitet bei der Erfüllung seiner Aufgaben eng mit der Wirtschaftsförderung Kanton Schaffhausen zusammen. Er ist berechtigt, für die Erfüllung seiner Aufgaben die Infrastruktur der kantonalen Wirtschaftsförderung zu nutzen.

Er ist berechtigt, die Einzelheiten der Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Kanton Schaffhausen mit dieser direkt zu regeln. Er kann im Interesse einer stufengerechten Aufgabenteilung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel Aufgaben an die Wirtschaftsförderung Kanton Schaffhausen delegieren oder von ihr übernehmen.

*5. Wie informiert die städtische Wirtschaftsförderung?*

Angesichts der bescheidenen personellen und materiellen Ressourcen und des koordinativen Pflichtenhefts des Beauftragten informiert der Stadtrat über dessen Aktivitäten im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht zur Position 8400. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Vertraulichkeit ein angemessenes Konzept: Die Propagierung von Ansiedlungserfolgen kann nämlich durchaus auch unerwünschte Nebenwirkungen haben. Zwar erklärt sie Kritikern im Kanton Sinn und Erfolge, ruft aber in den Nachbarregionen und Kantonen auch "neidgenössische" Reaktionen hervor, wie dies anlässlich der Kritik an der Unterstellung von Teilen des Kantons unter die sogenannte Lex Bonny unschwer erkennbar war. Sie kennen den Ausgang dieser Geschichte: Wir haben nur noch 50% Lex Bonny Vergünstigung, wir hätten aber auch alles wie der Bezirk Morges verlieren können; diesbezüglich können wir uns glücklich schätzen. Jedes erfolgreiche Marketingkonzept findet so entweder durch mangelnde interne Akzeptanz den Tod oder wird von aussen kopiert, beziehungsweise durchkreuzt. Bei allen Varianten steht die Kleinkarietheit Pate, einmal die "innere", das andere Mal die "äussere".

### 6. Welche Kosten verursacht die städtische Wirtschaftsförderung?

Die Kosten für den Beauftragten der Stadt betragen inklusive Spesen rund Fr. 36'000.--. Dazu kommen budgetierte Aufwendungen für die Beratung von Jungunternehmenden und Gründungswilligen und einzelne budgetierungspflichtige Projekte. Der Stadtrat legt Wert auf die Tatsache, dass die städtische Wirtschaftsförderung als Ganzes, das heisst sämtliche Aufwendungen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Stadt Schaffhausen wesentlich mehr kosten, aber aufgrund der fehlenden Kostenerfassung und Kostenleistungsrechnung für diese wichtige Zielsetzung der Stadt nicht transparent ausgewiesen sind. Hätten Sie der WoV-Vorlage zugestimmt - ich hoffe, dass wir die Kostenleistungsrechnung doch noch einmal schaffen werden - bestünde die Aussicht, mit dem Budget 2009 wesentlich griffigere Informationen bezüglich Kosten der Wirtschaftsförderung in den einzelnen Abteilungen erhalten zu können. Wir werden Ihnen diese Informationen aber hoffentlich auf die nächste oder übernächste Rechnung liefern können, auch ohne WoV.

### 7. Wo werden die Kosten ausgewiesen?

Die Jahresrechnung der Stadt Schaffhausen erteilt darüber in der Position 8400.365.910 Auskunft.

### 8. Welche Erfolge weist die städtische Wirtschaftsförderung auf?

Der Stadtrat erlaubt sich für einmal, bei Geschäften, in welche er mit den verschiedensten Partnern - auch gemeinsam mit Kurt Baader - involviert war, die Beantwortung mit einigen Fragen mit einigen -rhetorischen - Gegenfragen zu beginnen:

- Wer hat die Ansiedlung der Firma Storz Endoskop durch Bereitstellung von Bauland im Schneckenacker ermöglicht?
- Wer hat für DSM an der Stettermerstrasse die baulichen Voraussetzungen geschaffen?
- Wer hat bei der Schweizerischen Post und mit Hilfe des Fr. 12 Millionen-Rahmenkredits die "Bleiche" erworben und die Überbauungsvoraussetzungen geschaffen?
- Wer hat durch den Erwerb der ehemaligen "Seilindustrie" den Standort für "Singulus" bereitgestellt?
- Wer hat die IWC-Erweiterung in der Altstadt Süd landmässig ermöglicht?
- Wer hat das Areal "Landhaus-Kiefer" erworben und beplanbar gemacht?
- Wer hat den Güterhof nach langer Dauer einer leistungsfähigen Bauherrschaft zugesprochen?
- Wer hat das "Haus der Wirtschaft" im Baurecht abgegeben?
- Wer hat die Stahlgiesserei nach dem Scheitern des ersten Projekts an ein privates Baukonsortium vermittelt?
- Wer hat bei der Akquisition von Marquardt, Unilever, Accenture oder Timberland aktiv mitgewirkt?
- Wer hat die baurechtlichen Voraussetzungen für die Neunutzung des Areals "Neue Fleisch AG" federführend bearbeitet?
- 

Man kann sagen, dass dies die Wirtschaftsförderung der Stadt ist, wo verschiedene Akteure mitgewirkt haben, auch der Grosse Stadtrat. Sie können sich ja selbst ein Kränzchen winden.

Man kann diese Fragen jedenfalls nicht nur mit dem Verweis auf die kantonale

Wirtschaftsförderung beantworten, wenn man nicht quasi die städtischen Leistungen ein bisschen "verdrängt". Bitte haben Sie - und auch Edgar Zehnder - Verständnis für meine Aufwallung der Gefühle am 04.09.07.

In engster Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton wurden in der Stadt Schaffhausen in den letzten vier Jahren rund 50 neue Firmen angesiedelt. Mit der kantonalen Wirtschaftsförderung wirkten bei rund einem Dutzend Projekten auch die Städtischen Werke, die Steuerverwaltung der Stadt, das Baureferat mit dem Bausekretariat und der Liegenschaftenverwaltung, das Planungsamt, Hochbauamt, die Denkmalpflege, die Stadtökologie, das Tiefbauamt und weitere entscheidungsvorbereitende Stellen mit.

Zusätzlich wurde bei 18 in der Stadt ansässigen Firmen Unterstützung in den Bereichen Verkauf, Erweiterung der Produktion, Immobilien und Finanzierungsvorschlägen geleistet. Dies ist auch bei bestehenden Firmen passiert. In den Jahren 2004 bis 2007 wurden durch neu angesiedelte Firmen durchschnittlich rund Fr. 5,4 Mio. Steuersubstrat geschaffen.

Die Jungunternehmerförderung war in den letzten Jahren eher rückläufig. Daneben wurden mit ungefähr 20 Interessenten ein- oder mehrmalige Ansiedlungs-, beziehungsweise Umzugsgespräche geführt. Dabei wirken die laufenden Diskussionen über den Steuerstreit EU-Schweiz, Liquidationsvorschriften in EU-Ländern, der kritisierte Bonny-Beschluss für Schaffhausen und Zollvorschriften hemmend.

*9. Wie viele Arbeitsplätze sind durch die städtische Wirtschaftsförderung in Schaffhausen geschaffen worden?*

Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, da erfahrungsgemäss bei einer Erstsiedlung nur wenige Mitarbeitende in Schaffhausen die Arbeit aufnehmen. Mittlerweile dürfte es sich zum heutigen Zeitpunkt um die Schaffung von 300 bis 350 Arbeitsplätzen handeln.

*10. Welche Vorgaben bestehen für das Jahr 2007?*

Weiterhin die Erfüllung der Mandatsvereinbarung gemäss Pflichtenheft und die Bearbeitung aktueller Chancen und Probleme, beziehungsweise die Mitwirkung bei einzelnen Projekten.

*11. Wie werden die Aktivitäten mit der kantonalen Wirtschaftsförderung abgestimmt?*

Der Stadtrat verweist auf die Antwort zur Frage 4 und auf die enge und in allen Teilen positive Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der kantonalen Wirtschaftsförderung, die einzelne Problemfelder und Herausforderungen auch im Mandatsverhältnis direkt mit der Stadt bearbeitet.

*Schlussbemerkung:*

Die vom Interpellanten gepflegte Dialektik, bei der auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung zwischen der erfolgreichen kantonalen Aktivität und der "inexistenten" Stadt unterschieden wird, hat in der schlechter bewerteten Stadt offenbar nicht nur ein bisschen System, sondern hat auch eine positive Seite; das muss ich Edgar Zehnder neidlos zugestehen. Sie gibt dem Stadtrat Gelegenheit, auf die Ganzheitlichkeit einer modernen Wirtschaftsförderung hinzuweisen und daran zu erinnern, dass wir von aussen immer auch als Ganzes wahr genommen werden. Dies aufrecht zu erhalten hat aus der Wahrnehmung des Stadtrates heraus bislang zum Erfolg des Standortes Schaffhausen erheblich beigetragen. Auch mit Blick auf

die mittlerweile massiv erschwerte Situation des Standes Schaffhausen durch den jetzt realisierten 50%-Entzug des Bonny-Beschlusses ist uns allen anzuraten, uns gegenseitig bei der Wirtschaftsförderung positiv zu verstärken. Für das Gegenteil sorgen dann schon die Konkurrenten um den Standort "Greater Zurich" herum.

Ich bin Edgar Zehnder dankbar, dass ich die Gelegenheit für meine heutige Stellungnahme hatte und darüber informieren zu können, was die Stadt so alles macht. Dies immer an die grosse Glocke zu hängen, ist wegen der bekanntlich nicht schlafenden Konkurrenz sehr gefährlich. "

**Urs Tanner (SP)** stellt Antrag auf Diskussion im Rat.

**Iren Eichenberger (OeBS)** stellt keinen Gegenantrag und will niemanden am Reden hindern. Die Votantin schlägt jedoch vor, die Diskussion zu verschieben. Da die Antwort von Stadtpräsident Marcel Wenger sehr ausführlich ausfiel, könnte diese vor der Diskussion nochmals in der Zeitung nachgelesen werden.

Der Grosse Stadtrat heisst mit 23 : 5 Stimmen die heutige Diskussion der Interpellation gut.

**Urs Tanner (SP)**

**Votum**

"Hätte der Interpellant das Thema vertieft recherchiert, wäre er auf die Kleine Anfrage von Bea Hauser (SP) im Jahr 2001 mit den bereits damals über die Wirtschaftsförderung gestellten Fragen, auf den Bericht des städtischen Wirtschaftsförderers und auch auf den bereits vom Stadtpräsidenten erwähnten, allerdings wenig aussagekräftigen Geschäftsbericht 2006 auf eineinhalb Seiten über die "Erfolge" der Wirtschaftsförderung gestossen.

Die Fragen sind nicht unklug, das heisst aber auch nicht, dass die Interpellation vollständig überflüssig ist; sie ist es nur zum Teil. Nach der Antwort des Stadtpräsidenten muss ich leider sagen, sie ist doch nicht ganz überflüssig. Hier korrigiere ich mich, da mir die Beantwortung sehr nebulös erschien.

Die in meinen Augen wichtigste Frage stellt der Interpellant nicht: Braucht es den städtischen Wirtschaftsförderer neben dem erfolgreichen kantonalen überhaupt noch? In seinem Plädoyer hat mir der Stadtpräsident darauf keine Antwort gegeben, respektive ich sehe zwei städtische Wirtschaftsförderer, der real existierende in diesem Bericht und den, der soeben geschrieben wurde. Für mich sind dies zwei verschiedene Personen.

Wenn ich den Geschäftsbericht lese, muss ich konstatieren, dass es die städtische Wirtschaftsförderung wohl eher nicht mehr braucht. Wenn Sie nachlesen, gab es 15 Beratungen zur Selbstständigkeit, es fanden weitere Beratungen in Sachen "Neue Fleisch AG" und es gab Gespräche im Vorfeld der "Schwarzen Brüder", im Jahr 2006 wohl nicht gerade der Erfolgsknüller. Ich gehe davon aus, dass die Aussagen vom Stadtpräsidenten stimmen; aber eigentlich werden die Fragen der Interpellation nicht beantwortet. Der Schlusssatz im Geschäftsbericht 2007 tönt nach Auflösungsbericht: "Es ist jedoch festzustellen, dass eine zunehmende Zahl von Interessenten nicht mehr über die Wirtschaftsförderung, sondern über die lokalen Treuhänder beraten wird. " Entweder stimmt, was im Geschäftsbericht steht oder die Beantwortung der Interpellation vom Stadtpräsidenten. Hier muss Klarheit und Transparenz geschaffen

werden; dies wurde in der Beantwortung auf die Kleine Anfrage von Bea Hauser bereits versprochen. Bei den Erfolgen kann doch nicht einfach auf die Vorlagen des Stadtrates hingewiesen werden, das ist doch ein bisschen sehr nebulös. Wir alle hier sind Wirtschaftsförderer; allerdings werden neuerdings Infrastrukturvorteile wie die Subventionsverordnung für Familienbetreuung - Resultat einer Motion von meiner Wenigkeit - von der jungen Rechten bekämpft. Darüber müssen wir aber noch diskutieren.

Ich will die städtische Wirtschaftsförderung nicht abschaffen, werde auch keine Motion einreichen und gönne Kurt Baader den kleinen Batzen, den er noch neben der Rente von seiner Bank erhält. Aber ich bitte darum, den Geschäftsbericht für alle verständlich abzufassen, auch deshalb, weil ich die Ganzheitlichkeit der Wirtschaft aus den Erklärungen von Stadtpräsident Marcel Wenger nicht begriffen habe. Das Motto "Tue Gutes, sprich und schreib davon" soll gelten, aber bitte so, dass alle es verstehen und nicht immer wieder - siehe Kleine Anfrage von Bea Hauser und Interpellation von Edgar Zehnder - erneut angefragt, interpelliert, motioniert oder postuliert werden muss. "

### **Dr. Raphaël Rohner (FDP)**

### **Votum**

"Eigentlich wünschte ich mir - als kleine persönliche Anmerkung - angemessene Raumtemperaturen oder vom Kantonalen Zeughaus Biwak-Decken verteilt erhalten.

Üblicherweise schätze ich die piffigen Voten von Urs Tanner und seine gut durchdachten Argumente ausserordentlich. Heute bezeichnet er die Ausführung des Stadtpräsidenten zur wohl berechtigten Interpellation von Edgar Zehnder als nebulös. Ich erlaube mir festzustellen, dass die heutige Argumentation von Urs Tanner eher einem Feuerwerk unreflektierter und undifferenzierter Aussagen zu einen sehr wichtigen und vom Stadtpräsidenten sehr ausführlich dargelegten Thema entsprach. Ich bedaure dies sehr, denn unabhängig jeglichen politischen Couleurs sind wir *Alle* daran interessiert, nicht nur auf kantonaler, sondern auch auf städtischer Ebene die Anliegen der Wirtschaftsförderung ernst zu nehmen. Wir alle wünschen uns eine Stadt mit eigener Zukunftsperspektive, die über ein Gewerbe und eine Wirtschaft mit Weiterentwicklungspotenzial verfügt und durch neue Gewerbe- und Wirtschaftszweige ergänzt wird. Es erscheint mir sehr einfach, das Ganze nur auf die lächerliche Ebene zu ziehen.

Der Stadtpräsident hat eine sehr ausführliche Auslegeordnung der Tätigkeit des Wirtschaftsförderers der Stadt Schaffhausen dargelegt, und ich bin nach wie vor der Meinung, dass auch eine Gemeinde in der Grössenordnung der Stadt Schaffhausen mit seiner wichtigen regionalen Zentrumsfunktion ihren eigenen Wirtschaftsförderer braucht. Mit Kurt Baader haben wir eine ausgewiesene Fachperson und können uns darüber glücklich schätzen.

Wirtschaftsförderung ist meines Erachtens Chefsache, Marcel Wenger hat dies ebenfalls klar zum Ausdruck gebracht, indem er auch Emotionen in seine Ausführungen gestreut hat; Chefsache, die zu einer der zentralen Aufgaben einer städtischen Regierung gehören. Selbstverständlich muss der Chef von einer Fachperson sekundiert werden, die über das nötige Knowhow und Netzwerk verfügt. Selbst wenn wir - wie vom Stadtpräsidenten bereits erwähnt - in weiten Teilen überschneidende Anliegen mit dem Kanton haben, so haben wir - solange wir eine Gemeinde sind - mit unseren eigenen Autonomie- und Entwicklungsansprüchen auch Anspruch auf einen *eigenen* Wirtschaftsförderer.

So ist die Fragestellung des Interpellanten richtig, die Antworten des Stadtpräsidenten sind überzeugend. Zuhanden des jetzt nicht anwesenden Baureferenten habe ich abschliessend noch darauf hinzuweisen, dass natürlich einer der zahlreichen Aspekte der Wirtschaftsförderung eben auch die Frage des Vorhandenseins des Baulandes ist. Ich habe bereits mehrmals die Erschliessung von neuem Bauland moniert. Wenn wir neue Gewerbe- und Industriebetriebe mit jungen Leuten ansiedeln wollen, die hier ihren Wohnsitz nehmen und ihre Steuern bezahlen sollen, gehört es dazu, attraktives Bauland anbieten zu können. Der Auftrag des Grossen Stadtrates wurde vor über zwei Jahren erteilt, nach wie vor ist er vom Baureferat noch nicht erfüllt. Ich erwarte in den nächsten Wochen und Monaten eine befriedigende Antwort, sonst müssen wir uns ebenfalls erlauben - wie vorher gegen den Schulreferenten geschossen wurde - mit anderem Geschütz in dieser Sache aufzutreten.

Wer zugehört hat, welches die Erfolge der letzten Jahre waren, muss nicht warten bis morgen alles in der Zeitung steht, sondern kann heute befriedigt und mit dem Wissen, gut versorgt zu sein, nach Hause gehen. Ich erwarte auch vom in wenigen Monaten neu gewählten Stadtrat, dass er die Wirtschaftsförderung auch in Zukunft und trotz Begleitung durch den städtischen Wirtschaftsförderer auf die oberste Linie seines eigenen Pflichtenheftes setzt. “

### **Marcel Wenger (Stadtpräsident)**

### **Stellungnahme**

”Ich bin Raphaël Rohner sehr dankbar, dass er die Wirtschaftsförderung als Chefsache herausgearbeitet hat. Der Berichtsteil zum Jahr 2007 könnte möglicherweise ausgebaut und verständlicher dargestellt werden. Die Bemerkung zu den Beratergutscheinen bezieht sich hauptsächlich auf Aktivitäten in der Gründungsphase. Interessierte gehen in erster Linie zu Treuhändern und kommen erst in zweiter Linie - oder gar nicht mehr - zu uns.

Ich bitte Sie aber auch um Verständnis dafür, dass man sehr wohl Gutes tun und auch darüber sprechen kann, aber wir sollten nicht so viel darüber sprechen, dass wir den Neid in der Region und bei den Konkurrenten wecken, die wirklich nicht schlafen.

Braucht es den städtischen Wirtschaftsförderer? Ich kann Ihnen offen sagen, dass *ich* ihn brauche, da ich nicht jeder Anfrage persönlich nachgehen kann und froh bin, Aufträge oder die Repräsentanz an Veranstaltungen und Aufritten abgeben zu können. Der Zeitaufwand ist enorm, das hat der von mir begleitete grosse Russlandbesuch gezeigt. Ich bin froh, wenn Kurt Baader mir diese Aufgaben abnimmt. Wie sich die Zukunft entwickelt, werden wir in der zweiten Hälfte dieses Jahres sehr rasch vom neuen Stadtrat und dem neuen Stadtpräsident erfahren. “

### **Edgar Zehnder (SVP)**

### **Schlusswort**

”Zum Glück bestimmt immer wieder mal Urs Tanner - oder einmal mehr - was wichtig oder unnütz ist. Über die Schulbildung und das Betragen von Urs Tanner möchte ich mich nicht weiter äussern.

Der Stadtrat hat das Pflichtenheft des städtischen Wirtschaftsförderers aufgezählt. Wenn ich das ganze Pflichtenheft meines Jobs ausfüllen möchte, wäre ich wahrscheinlich jetzt nicht hier, sondern immer noch im Büro.

Für mich zählen nicht nur Pflichtenhefte, sondern auch Resultate. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass der Stadtrat so gut ist und alles selbst an Land gezogen hat. Dass die Mitglieder des GrSR mit ihren "unheimlichen" Honoraren auch dazu beigetragen haben, kann ja gut sein. Aber die städtische Wirtschaftsförderung hat vermutlich alle Arbeit geleistet, daher sind die Fr. 40'000.-- gut angelegtes Geld. Aber ich frage mich manchmal, was der Stadtrat eigentlich macht? Dieses Thema können wir in einer anderen Interpellation abhandeln. Trotzdem handelt es sich je nach Lohnklasse um Pensum zwischen 10 und 40%, das heisst rund 80 Stunden pro Monat oder 900 bis 1000 Stunden pro Jahr. Dafür kann man ja auch etwas leisten. Bei so vielen Stunden sollte auch Zeit für Öffentlichkeitsarbeit vorhanden sein, aber nicht in einem verschimmelten Bericht, sondern in den Medien. Ich wünsche mir etwas mehr Offenheit gegenüber der Konkurrenz; niemand muss sich verstecken, wenn er mit Erfolgen auftrumpfen kann. "

---

### **SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN**

Zusammensetzung SPK Schulraumplanung 2008 bis 2017:

*SVP/JSVP/EDU-Fraktion:* Dr. Cornelia Stamm Hurter, Susanne Kobler, Werner Schöni

*FDP/jfsh-Fraktion:* Martin Egger, Katrin Hauser-Lauber, Nicole Herren

*SP/AL-Fraktion:* Christa Flückiger, Jaqueline Lagler, Mariann Schwyn, Stefan Marti, Kurt Zubler

*OeBS/EVP-Fraktion:* Martin Roost, Rainer Schmidig

Erste Sitzung: 8. April 08, 18.00 Uhr

Zusammensetzung SPK Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen:

*FDP/jfsh-Fraktion:* Dr. Raphaël Rohner, Nihat Tektas

*SVP/JSVP/EDU-Fraktion:* Susanne Kobler, Oliver Mank, Paul Dill

*SP/AL-Fraktion:* Christian Hablützel, Michael Gurrath, Simon Stocker, Peter Möller

*OeBS/EVP-Fraktion:* Lotti Winzeler, Iren Eichenberger

Erste Sitzung: 31. März 08, 17.30 Uhr

Die **nächste Ratssitzung** findet am Dienstag, 4. März 08, 17.00 Uhr, statt.

Am **Dienstag, 18. März 08**, findet eine Doppelsitzung statt. Der erste Teil dauert von 16.00 - 18.00 Uhr und beinhaltet mehrheitlich die Behandlung von Vorlagen. Nach der einstündigen Pause ab 19.00 Uhr werden die persönlichen Vorstösse abgebaut.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:50 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt